

seduta n. 108 del 15 gennaio 1997

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

ore 10.28

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten.
Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

WILLEIT: (Segretario):(fa l'appello nominale)
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Die Abg. Kofler, Chiodi, Sepp Mayr, Gasperotti, Frasnelli, De Stefani, Levegghi, Pinter, Pallaoro für den Nachmittag, Andreotti, Moser und Delladio haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

PRÄSIDENT: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

DIVINA: (segretario):(legge il processo verbale)
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, somit gilt es als genehmigt.

Ich bitte die Abgeordneten sich von Ihren Plätzen zu erheben. Wir müssen zweier Kollegen gedenken, die gestorben sind.

Am 15. November 1996 ist der ehemalige Regionalratsabgeordnete Rag. Giacomo Dusini gestorben, welcher das Amt eines Abgeordneten in der IV. Legislaturperiode vom 13. Dezember 1960 bis zum 13. Dezember 1964 bekleidet hatte.

Am 16. Dezember 1996 ist der ehemalige Regionalratsabgeordnete Dr. Marcello Caminiti gestorben, der das Amt eines Abgeordneten in der I. und II. Legislaturperiode vom 13. Dezember 1948 bis zum 12. Dezember 1956 bekleidet hatte.

Den Familien und Angehörigen möchte ich mein persönliches Beileid und die Anteilnahme des gesamten Regionalrates ausdrücken.

Ich ersuche die Anwesenden, im Gedenken an die verstorbenen ehemaligen Mitglieder dieses Plenums eine Schweigeminute einzulegen.

Mit Schreiben vom 5. Dezember 1996 haben die Regionalratsabgeordneten Tosadori und Waldner mitgeteilt, daß sie der neuen Ratsfraktion „Lega Nord Bündnis `98 Ethnische Minderheiten“ angehören und daß das Amt des Fraktionsvorsitzenden vom Abgeordneten Tosadori bekleidet wird.

Mit Schreiben vom 9. Dezember 1996 hat der Regionalratsabgeordnete Tosadori mitgeteilt, daß er im Zeitraum 1.11.96 - 4.12.96 der Ratsfraktion „Lega Nord Region Trentino-Südtirol“ angehört hatte.

Mit Schreiben vom 30. Dezember 1996 hat der Regionalratsabgeordnete Leitner mitgeteilt, daß er sich der Ratsfraktion „Ladins- Autonomia Trentino“ anschließt und daß die Bezeichnung der genannten Fraktion mit dem Einverständnis der Regionalratsabgeordneten Fedel und Willeit in „Ladins - Autonomia Trentino - Freiheitliche“ abgeändert wird.

Am 11. Dezember 1996 haben die Regionalratsabgeordneten Benedikter und Klotz den Geszentwurf Nr. 79: Änderung des Art. 50 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 betreffend „Gemeindeordnung der autonomen Region Trentino-Südtirol“ eingebracht.

Am 30. Dezember 1996 hat der Regionalaussschuß den Geszentwurf Nr. 80: Bestimmungen über den Tarifvertrag betreffend den Rang des mit Führungsaufgaben betrauten Personals der Region“ eingebracht.

Am 2. Jänner 1997 hat der Regionalratsabgeordnete Benedikter den Geszentwurf Nr. 81: „Neuordnung der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern von Trient und Bozen“ eingebracht.

Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

- die Anfrage Nr. 271, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury, betreffend die Ausgaben, die für den Druck, die Übersetzung und den Vertrieb des vom Präsidenten des Regionalrates verfaßten Buches über die Autonomie bestritten worden sind;
- die Anfrage Nr. 272, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Delladio, mit dem Titel „Jedes Gesetz hat seine Hintertür“.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

- die Anfrage Nr. 257, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Gasperotti, betreffend die Wiedereinstellung einiger Bediensteter des Grundbuchs, die bereits in den Ruhestand versetzt worden waren;
- die Anfrage Nr. 261, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Waldner, mit welcher um Auskunft darüber ersucht wurde, welche Genossenschaften in den Jahren 1993, 1994, 1995 und 1996 einen Kredit oder Betriebsbeitrag von der Regionalregierung erhalten haben und in welcher Höhe;
- die Anfrage Nr. 265, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend das Problem des Nebels und der Informationen auf der Brennerautobahn.
- die Anfrage Nr. 266, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron, Kury und Pinter, betreffend die Finanzierung durch die Region einer von der Vereinigung „Flumen“ organisierten Veranstaltung mit dem Titel „Die I. Tridentinische Tagung, Trient: Stadt des Konzils, Stadt des Kaisertums“.

Der Text der Anfragen Nr. 257, 261, 265, 266 und die jeweiligen schriftlichen Antworten bilden integrierenden Teil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Jetzt muß ich über die Arbeitsweise informieren, wie sie die Fraktionssprecher heute vormittag vereinbart haben, auch ein bißchen auf die Zukunft bezogen: Wir machen heute unmittelbar die Bestätigung der Wahl des Regionalratsabgeordneten Dalbosco, eine Formalität institutioneller Art. Dann den Rücktritt des Abg. Giordani und die Neuwahl eines Mitgliedes in der 1. Gesetzgebungskommission. Dann den Begehrensgesetzentwurf Nr. 1 über die deutschen und ladinischen Minderheiten. Dieser Punkt ist in Behandlung und somit muß er fortgesetzt werden. Dann folgt der Gesetzentwurf Nr. 77 über den Rentenfonds, die Nummern 80 und 81 der Tagesordnung über die Gemeindesekretäre, das Referendum von Cavalese. Weiters haben wir in der Fraktionssprechersitzung vereinbart, daß bei der nächsten Sitzung im Februar, insofern die Kommission die Arbeiten abgeschlossen hat - wie ich annehme -, das Familienpaket behandelt wird. Das wären die Gesetzentwürfe, eingebracht von den Abg. Saurer und Morandini. Auf der Dringlichkeitsliste stehen weiter der Gesetzentwurf Nr. 62 über europäische Initiativen. Dann ist heute eine Vorbereitung der Diskussion zur Wahlrechtsreform im Plenum gewünscht worden. Dieser Punkt ist schon auf der Tagesordnung und muß vorgezogen werden.

Der Beschlußantrag Nr. 150 betreffend die Volksbefragung in den Gemeinden, die zwei Volksbegehren über die direkte Demokratie und der Gesetzentwurf des Abg. Pinter müssen auch vorgezogen werden, weil der Regionalrat bei der Sitzung zum Haushalt beschlossen hat, daß diese innerhalb 6 Monaten behandelt werden sollen. Das wäre das unmittelbare Programm für die nächsten Monate. Ich sehe, daß auch in der Aula Konsens herrscht, somit gilt das Programm als genehmigt.

Damit komme ich jetzt zum Tagesordnungspunkt Nr. 1: **Bestätigung der Wahl des Regionalratsabgeordnete Marco Dalbosco.**

Abg. Binelli, darf ich Sie bitten, den Bericht der Wahlprüfungskommission zu verlesen.

...Bitte, Frau Abg. Zendron.

ZENDRON: Volevo solo pregarla di fissare per uno dei prossimi giorni di seduta, questa giornata di discussione sulle riforme elettorali, cioè di dire quando la facciamo, così sappiamo già che un giorno viene dedicato a quello, perché se aspettiamo che ci siano i disegni di legge, poi va in commissione e segue l'iter.

Penso, vista la diversità di posizioni, che un confronto aperto sa utile ed era anche la ragione per cui era stata approvata questa mozione, quindi credo andrebbe fissato abbastanza presto, in maniera che ci sia un confronto e poi la Giunta possa andare avanti anche sulla base delle opinioni che emergono nel corso del dibattito in aula.

PRÄSIDENT: Ich würde vorschlagen, am nächsten Dienstag, am 21., in der Früh um 9.00 Uhr noch einmal eine Fraktionssitzung abzuhalten und dann auch die Tage festzulegen. Das Programm haben wir bereits festgelegt, das Sie inzwischen schriftlich bekommen haben und da können wir eventuell auch Tage reservieren.

Jetzt bitte Abg. Binelli.

BINELLI:

Relazione della Commissione regionale di Convalida

Nel mese di ottobre 1996 il Consiglio regionale ha accettato le dimissioni del prof. Gregorio Arena.

In sostituzione del prof. Gregorio Arena è subentrato il prof. Marco Dalbosco.

La posizione del prof. Marco Dalbosco è stata esaminata dalla Commissione di Convalida nella seduta dell'11 dicembre 1996.

Da detto esame è risultato che il prof. Dalbosco, posto in aspettativa in quanto docente di scuola media superiore, ha anche rassegnato le dimissioni dall'incarico di membro del consiglio di amministrazione del Museo Civico di Rovereto e pertanto la Commissione, non riscontrando a carico dello stesso alcuna ipotesi di ineleggibilità e di incompatibilità ne ha proposto, all'unanimità, la convalida.

Pertanto, ai sensi delle vigenti disposizioni del regolamento interno, la Commissione di Convalida propone al Consiglio regionale, per la deliberazione conclusiva, la convalida del summenzionato Consigliere.

PRÄSIDENT: Damit darf ich den Beschlußfassungsvorschlag verlesen:

DER REGIONALRAT VON TRENTINO-SÜDTIROL

hat in der Sitzung von heute;

festgestellt, daß am 15. Oktober 1996 Prof. Marco Dalbosco zum Regionalratsabgeordneten erklärt worden ist;

nach Einsichtnahme in den am 7. Jänner 1997 von der Wahlprüfungskommission erstatteten Bericht gemäß Art. 34 der Geschäftsordnung des Regionalrates, aus dem hervorgeht, daß zu Lasten des Abgeordneten Dalbosco keine Unvereinbarkeits- und Unwählbarkeitsgründe festgestellt worden sind;

nach Einsichtnahme in den Art. 69 des Einheitstextes der Regionalgesetze über die Wahl des Regionalrates;

nach Einsichtnahme in die Geschäftsordnung des Regionalrates;

_____mit rechtsgültig abgegebenen Stimmen,

b e s c h l o s s e n

die Wahl des Regionalratsabgeordneten Marco Dalbosco zu bestätigen.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann schlage ich dem Regionalrat vor, den Abg. Dalbosco in diesem Sinne zu bestätigen und die Beschlußvorlage zu genehmigen. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Damit ist die Bestätigung des Abg. Dalbosco einstimmig genehmigt.

PRÄSIDENT: Wir kommen zum zweiten Punkt der Tagesordnung: **Rücktritt des Regionalratsabgeordneten Marco Giordani als Mitglied der 1. Gesetzgebungskommission und nachfolgende Maßnahmen.** Der Abg. Giordani hat seinen Rücktritt von der ersten Gesetzgebungskommission eingereicht, mit der Begründung, daß er durch seinen Fraktionswechsel in die Fraktion des Partito Popolare Italiano nicht mehr der Mehrheit angehört, während er vorher als Mitglied des Partito Popolare Trentino der Mehrheit angehört hatte. Deshalb verzichtet er auf den Sitz in der 1. Gesetzgebungskommission und macht ihn zugunsten der Mehrheit frei.

Nachdem in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, daß im Falle eines Verzichtes der Sitz auch an eine andere Fraktion gehen kann, habe ich heute um Vorschläge gebeten. Inzwischen ist vom P.A.T.T. ein Vorschlag eingereicht worden, und zwar mit dem Namen des Abg. Romano Francesco, den ich nun dem Regionalrat vorschlage...

...Bitte, Frau Abg. Conci-Vicini.

CONCI VICINI: A nome della maggioranza propongo Francesco Romano come consigliere membro della I^a Commissione legislativa.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich dazu zu Wort? Niemand. Dann bitte ich durch Handaufheben zuerst den Rücktritt des Abg. Giordani anzunehmen. Wer ist mit dem Rücktritt einverstanden? Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Eine.

Wer mit dem Vorschlag des Abg. Romano als neues Mitglied einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Gegenstimmen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Zwei.

Bei zwei Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Abg. Romano Mitglied der 1. Gesetzgebungskommission.

PRÄSIDENT: Jetzt kommen wir zurück zum **Begehrgesetzentwurf Nr. 1 gemäß Artikel 35 des Autonomiestatuts: Förderung der ladinischen und deutschsprachigen Minderheit im Trentino (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Tretter, Brugger, Frasnelli, Pahl und Andreotti)**. Wir sind in der Generaldebatte.

Der Abg. Fedel hat sich zu Wort gemeldet.

FEDEL: Onorevole signor Presidente, in questo Consiglio regionale, c'è un signore che può essere testimone, l'ex sindaco di Floruz, il signor Moltrer, che 10 anni fa abbiamo parlato di un disegno di legge pari a questo ed era stato contrastato notevolmente, poi alla fine ha ottenuto l'approvazione e quindi evidentemente Autonomia Trentino e chi vi parla personalmente auspicano che anche questo disegno di legge sia approvato, però con una differenza, che non deve essere solo un'approvazione formale, perché le minoranze etnico-linguistiche, sono giammai di moda, abbiamo capito che la Lega ha

costituito un gruppo consiliare denominato minoranze etnico-linguistiche, per il fatto che ho fatto sette giorni di protesta in quel di Luserna. O il problema è sentito intimamente da questo onorevole consesso, oppure se è solo un'approvazione formale, tanto per pulirsi la coscienza, allora non ci siamo.

Onorevole presidente del Consiglio, onorevole Presidente della Giunta, dott. Grandi mi rivolgo particolarmente a lei, perché sicuramente, stante il fatto che il problema è diventato epidermico e interessante per il Trentino, perché è questo che dobbiamo capire, lei capisce onorevole Presidente della Giunta perché dico che è interessante, dopo di che comprendo le difficoltà che stanno a monte della ufficializzazione, come previsto dall'accordo di Parigi e dall'art. 103 dello statuto, che non sarà una battaglia facile, però interessante.

Ho discusso, passeggiando, con il cons. Benedikter al mio paese, a Miola di Pinè di questa opportunità di arrivarci, lui vede delle difficoltà, ma non è che Benedikter sia contro le minoranze etniche del Trentino, anzi, è uno dei padri del pacchetto, perché non crediate che il pacchetto sia risultato soltanto dello stimatissimo Dr. Magnago, ma le fatiche giuridiche più pesanti, le notti perse a studiarci su, sono di Alfons Benedikter. Questa è la verità, caro collega, queste cose le so e se è consentito sempre su questo argomento, che noi come Autonomia Trentino, non solo con il cuore, ma anche con la mente, con tutta la nostra intensità che abbiamo saputo esprimere ed esprimeremo, approveremo, perché è bene strutturato, bene ha fatto la commissione ad approvarlo, bene farà certamente il Consiglio regionale ad approvarlo.

Vorrei riferirmi anche ad un fatto, che anche lo SVP, insieme con il Presidente Grandi, deve impegnarsi nella difesa delle minoranze etniche del Trentino, non solo dirlo in occasione delle elezioni nazionali per prendere una manciata di voti nel Trentino, dobbiamo essere chiari su questo, perché anche noi queste cose le sappiamo, quindi lo SVP, insieme con il Presidente della Giunta deve impegnarsi con i propri rappresentanti a Roma a portarlo avanti, è troppo poco venire alle elezioni nazionali nel Trentino a raccogliere una manciata di voti.

Queste cose le conosco, mi ricordo nel 1974, fui chiamato al telefono dal dott. Enrico Pruner, che si trovava all'Hotel Trento con il dott. Kessler, avevo una trascina poveri di quarta mano, era una 600 che si vedeva per terra, tanto era malmessata e partii da Pinè, arrivati all'Hotel Trento e chiesi cosa c'era da fare, mi dissero che dovevo andare a Bolzano e risposi che con una macchina così vecchia non potevo, dovevo andare dall'on. Hans Dietl e dall'ex senatore Brugger, a portare una borsa con delle carte e sicuramente queste cose Benedikter le conosce, sta di fatto che non volevo venire a Bolzano, perché ero timido, giovane ed allora Pruner che aveva una Volkswagen, grande come una camera, di colore amaranto, mi ha consegnato la borsa e mi ha detto: se la sua macchina non funziona si prenda la mia. Immaginatevi a prendere in mano un macchinone di quel genere, erano le 19.00, Hotel Trento, ho preso la macchina, mi sono recato a casa dell'on. Hans Dietl, che abitava a pochi metri di distanza da questo onorevole consesso, ove c'era pure l'on. Brugger.

Ho consegnato la borsa, Benedikter sa sicuramente cosa c'era dentro, erano carte, poi mi sono recato a mangiare un boccone, perché pensato che in un paio d'ore

tutto si risolvesse. Sono rimasto in macchina fino alle 5 del mattino, onorevole Presidente, ad attendere che Brugger e Dietl, che probabilmente telefonavano con Benedikter, con Kessler e Pruner che erano all'Hotel Trento, la moglie di Hans Dietl, probabilmente per commiserazione, mi ha chiamato in casa e mi ha offerto la colazione.

Vedete, so che in quelle carte c'era il problema che volevano Pruner e Kessler della valorizzazione delle minoranze etniche nel Trentino, non vi ho raccontato questo episodio solo per farvi perdere tempo, ma lo ho citato per dire come noi abbiamo vissuto queste vicende.

E' inutile che mi attardi a far perdere tempo al Consiglio regionale, qui abbiamo una lettera dove tutti i sindaci sono d'accordo su questo indirizzo del disegno di legge e quindi spetta per dovere e rispetto della democrazia e della volontà delle genti di approvarlo. Grazie.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich habe am 19. September 1996 Abänderungsvorschläge zu diesem sogenannten Begehrensantrag eingebracht, der ja an das Parlament gerichtet ist. Leider war es bis heute nicht möglich, sich zusammzusetzen - sei es mit dem Präsidenten des Regionalrates, der ja als Ersteinbringer aufscheint, sei es mit dem Abg. Willeit, der der einzige Ladinervertreter hier im Regionalrat ist -, um eingehend zu beraten, ob meine Abänderungsanträge notwendig sind oder nicht, ob ich sie überzeugen kann, daß sie notwendig sind. Ich werde jetzt kurz auf die Grundsätze eingehen. Es ist ja genügend Zeit vorhanden.

Mein Standpunkt ist ja, daß die ladinischsprachige Minderheit in der Region insgesamt und die deutschsprachigen Minderheiten im Trentino eben im Sinne des bestehenden Autonomiestatutes gleich gut geschützt werden wie die 68%ige deutsche Mehrheit - letzte Volkszählung in Südtirol -, die aufgrund der Autonomiestatute seit 1948 geschützt worden ist. Ich habe diesbezüglich den Änderungsvorschlag eingebracht, aber in der Kommission ist er nicht berücksichtigt worden. Die Kommission hat diesen Text trotz allem so genehmigt wie Art. 102 des Autonomiestatutes lautet: "Die ladinische und deutschsprachige Bevölkerung in der Region hat das Recht auf Förderung der eigenen Bestrebungen und Tätigkeiten auf dem Gebiet der Kultur, der Presse und Freizeitgestaltung, sowie das Recht auf die Erhaltung der Ortsnamen und der eigenen Überlieferung." Dieser Artikel hätte so verfaßt noch einen Sinn für die Ladinischsprachigen, wenn man sagt, daß die ladinischsprachige Bevölkerung sowohl in Südtirol als im Trentino dieses Recht hat, aber nicht für die deutsche, denn das würde bedeuten, daß der Inhalt der Autonomiestatute von 1948 und noch mehr von 1972, der ja in erster Linie in Durchführung des Pariser Vertrages für die deutsche Volksgruppe in Südtirol geschaffen worden ist, herabgemindert wird. Also sie haben nur mehr das Recht auf Förderung der eigenen Bestrebungen und Tätigkeiten auf dem Gebiet der Kultur, der Presse und Freizeitgestaltung usw. Für die deutsche Sprachgruppe, für die ja das ganze Autonomiestatut als solches seit 1948 auf diese Förderung hinausläuft, braucht es nicht eine Bestimmung für dieses Recht, weil ja in den

Zuständigkeitsbereichen, in den Gesetzgebungsinhalten und in den entsprechenden Durchführungsbestimmungen alles enthalten ist. Wenn wir hier ein Verfassungsgesetzesbegehren nach Rom senden wollen, in dem wir sagen: bitte, für die deutsche Bevölkerung muß die Förderung der eigenen Bestrebungen und Tätigkeiten, der Kultur, Presse und Freizeitgestaltung usw. erst verankert werden, bedeutet das, daß sie bisher nicht schon im Autonomiestatut enthalten gewesen ist und daß sie erst anerkannt werden muß.

Also ich verstehe nicht, daß man hier auf die deutschsprachige Bevölkerung in der Region Bezug nehmen muß. Wenn man auf die deutschsprachige Bevölkerung im Trentino Bezug nehmen möchte, gut, aber nicht auf die deutschsprachige Bevölkerung in der Region, wo ja das Autonomiestatut als solches von 1948 und der Pariser Vertrag in erster Linie - aber dieser ist ein Vertrag zwischen zwei Staaten - nichts anderes bezweckt hat als diese Förderung, aber nicht nur diese Förderung, sondern wir wissen, die Anerkennung der Volksgruppe mit allem, was dazu gehört. Jetzt auf einmal kommt man und sagt: Ja, diese deutsche Volksgruppe muß doch gefördert werden auf dem Gebiete der Kultur, der Presse und der Freizeitgestaltung. Ich habe dementsprechend also beim Art. 4 vorgeschlagen, daß die Absätze 1 und 2 ersetzt werden: "...mit Bezug auf die ladinischen Bevölkerung der Region und mit Bezug auf die deutschsprachige Bevölkerung des Trentino", denn dann hat es einen Sinn. Ansonsten verstehe ich wirklich nichts mehr, denn wenn der Regionalrat das genehmigt, dann bedeutet das eine wesentliche Minderung dessen was die Tragweite der Autonomiestatute im Sinne des Pariser Vertrages sein sollte und durch das Paket irgendwie noch gefestigt worden ist. Wenn wir schon einen Verfassungsgesetzentwurf im Hinblick auf die Verfassungsreform vorschlagen, dann müßten wir für die deutsche Bevölkerung, die die 68%ige Mehrheit gemäß Volkszählung ausmacht, das Recht auf Selbstbestimmung vorschlagen, das nicht enthalten ist. Aber ich nehme an, daß dieser Vorschlag vom bestehenden Autonomiestatut ausgeht und im Rahmen dieses Autonomiestatutes soll nun die deutschsprachige Minderheit des Trentino geschützt werden, und die ladinischsprachige Bevölkerung der gesamten Region soll einheitlich nach demselben Maßstab geschützt werden, und zwar gleich gut wie die deutsche Volksgruppe in Südtirol. Davon gehe ich aus, denn sonst müßten wir für die deutschsprachige Bevölkerung hier in erster Linie die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes verlangen.

Da ist nur interessant zu erfahren, daß im neu eingebrachten sogenannten Brugger-Zeller-Verfassungsgesetzentwurf einmal die Rede ist..."die Kammerabgeordneten Zeller, Brugger und Widmann haben am 6. November 1996 einen Verfassungsreformentwurf eingebracht..." Ich gehe nicht darauf ein, daß da von Bundesverfassung keine Rede sein kann, denn dazu genügt es nicht, den Worten Republik, Staat, Regierung das Wort "federale" hinzuzufügen, aber sie treiben dort Schindluder. Einmal wird das Selbstbestimmungsrecht erwähnt und zwar heißt es dort: "...unbeschadet des Selbstbestimmungsrechtes bilden folgende Regionen - darunter die Region Südtirol - die Bundesrepublik". Sonst ist gar nichts vom Selbstbestimmungsrecht darin enthalten. Kein Wort darüber, wer Inhaber des Selbstbestimmungsrechtes sein soll - das Volk - und worin das Recht bestehen soll. Das

Recht muß ja darin bestehen zu entscheiden, ob man sich der Bundesrepublik Italien anschließt oder nicht, denn im Sinne der von Italien 1977 ratifizierten Menschenrechtspakte haben die Völker das Recht, frei über ihren politischen Status zu entscheiden und die Staaten die Pflicht, dieses Recht zu fördern.

Aber ich bin davon ausgegangen, daß hier bezweckt wird, nach Rom vorzuschlagen, was uns unmittelbar angeht und betrifft, und zwar die Gleichstellung der ladinischen Minderheit insgesamt in der Region mit der deutschen und der Schutz der deutschsprachigen Minderheit im Trentino. Die Abgeordneten der Südtiroler Volkspartei waren im Aostatal und dann war in aller Form angekündigt worden, daß man mit den Aostanern gemeinsam einen neuen Verfassungsgeszentwurf einbringen wird, doch dann kommt dieser Entwurf Zeller-Brugger-Widmann, also ohne Aostaner, in welchem das Selbstbestimmungsrecht nur nebenbei erwähnt wird: "...unbeschadet bildet Südtirol einen Bestandteil der Bundesrepublik Italien". Also keine Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes wird hier verlangt, während die Aostaner beschlossen haben, einen Verfassungsgeszentwurf einzubringen, in dem das Selbstbestimmungsrecht wie in den ersten drei Entwürfen eingehend geregelt wird. Dort steht, daß die Völker der Regionen Piemont, Aostatal, Südtirol-Trentino usw. in Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes Republiken bilden und sie vereinigen sich freiwillig zum Bundesstaat Italiens und dann steht in diesem Verfassungsgesetz, der jetzt wieder eingereicht wird: "die Bundesrepublik Italien anerkennt das Selbstbestimmungsrecht der Völker, aus denen sie sich zusammensetzt und das Selbstbestimmungsrecht wird gemäß den Bestimmungen des Völkerrechtes und der Prozedur ausgeübt, die innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Bundesverfassung mit Bundesgesetz gemäß der im Art. 93 vorgesehenen Prozedur geregelt wird". Dieser Entwurf wird jetzt von der Region Valdotaine das vierte Mal im Parlament eingebracht.

Ich war mir bewußt, daß im Zuge einer Anpassung des bestehenden Autonomiestatutes zum Schutze der ladinischen Sprachgruppe insgesamt in der Region und zum Schutze der deutschsprachigen Minderheit im Trentino das hier Enthaltene nicht Gegenstand eines Entwurfes sein kann. Jedenfalls ist die Neufassung des Art. 102, wo davon die Rede ist, daß die deutschsprachige Bevölkerung in der Region das Recht hat auf Förderung etc., gegen das heutige Autonomiestatut, gegen elementare Rechte, die bereits im Autonomiestatut seit 1948 durch die Gesetzgebungszuständigkeit usw. verankert sind. Ich sage das deshalb, weil ich immerhin eine 50jährige Erfahrung mit diesen Autonomiestatuten habe und verstehe einfach nicht, wie man zu einer solchen Formulierung kommen konnte.

Ich gehe dann in meinen Abänderungsanträgen davon aus, daß die Ladiner insgesamt mit der deutschen Sprachgruppe gleichgestellt werden sollen. Aber dazu haben wir im Autonomiestatut als solches rund 11 Artikel, wo die Minderheiten - die deutsche Gruppe wird als Mehrheit erachtet - Garantien erhalten, daß sie nicht nur nicht unterdrückt werden, sondern daß sie gleich gut behandelt werden. Also 11 Artikel, angefangen von Art. 3, wo steht: "Alle drei Sprachgruppen sind gleichgestellt und müssen gleich behandelt werden". Dann sind wir beim Art. 15, wo es heißt: "...setzt die im Haushalt zum Zwecke der Fürsorge sowie zu sozialen und kulturellen Zwecken

bestimmten eigenen Mittel im direkten Verhältnis zur Stärke und mit Bezug auf das Ausmaß des Bedarfes einer jeden Sprachgruppe ein. Ausgenommen sind außerordentliche Fälle, die wegen besonderer Erfordernisse Sofortmaßnahmen erheischen". Ich weiß, da heißt es nun: ja wenn das auf die Provinz Trient auch übertragen wird, dann hilft das nichts, weil die deutsche Sprachgruppe im Trentino so geringfügig ist, daß wenn man hier den Proporz verlangt, dann man mit dem Schutzbedürfnis nicht zurechtkommt. Richtig, wenn sie geschützt werden sollen, dann braucht es bis auf weiteres mehr als nur zwei Prozent vom Haushalt. Aber im Art. 15 steht: "...und mit Bezug auf das Ausmaß des Bedarfs". Auf die Stärke einerseits und auf das Ausmaß des Bedarfes einer jeden Sprachgruppe wird Bezug genommen. Dazu kommt noch die Bestimmung im heutigen Artikel 15: "...ausgenommen sind außerordentliche Fälle, die wegen besonderer Erfordernisse Sofortmaßnahmen erheischen." Das kommt noch dazu. Aber es heißt Proporz auf jeden Fall und mit Bezug auf das Ausmaß des Bedarfes.

Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß man diesen Art. 15 ausdehnt, also nicht nur die Provinz Bozen, sondern auch die Provinz Trient ist verpflichtet, im Verhältnis zur Stärke und mit Bezug auf das Ausmaß des Bedarfes Mittel einzusetzen. Das müßte genügen, denn was immer wir Rom vorschlagen, das landet wie die bisherigen sogenannten Begehrensanträge der vergangenen Jahrzehnte systematisch in einer Schublade. Es gibt höchstwahrscheinlich genug Schubladen im Parlament. Ich bin überzeugt, daß es in Italien zu keiner - auch wenn jetzt die sogenannte Zweikammerkommission gebildet wird - Verfassungsreform im Sinne eines Bundesstaates kommen wird. Bitte nehmen Sie mich beim Wort, es kommt sicher nicht dazu. Aber da geht es auch nicht um Bundesstaatsvorschläge, sondern nur um eine auf den letzten Stand gebrachte Schutzregelung für die deutschsprachige Minderheit im Trentino und für die Ladinier. Aber dann müssen diese Vorschläge so geartet sein, daß sie in dieses bestehende Autonomiestatut hineinpassen, daß sie denselben Grundsätzen entsprechen und vor allem anderen, daß sie unseren Vorstellungen entsprechen. Deshalb habe ich auch vorgeschlagen, daß der Art. 15 in dem Sinn abgeändert wird, daß nicht nur die Provinz Bozen, sondern auch die Provinz Trient sich bei der Verteilung der Mittel nicht nur an den Proporz, sondern auch an das Ausmaß des Bedarfes halten müssen.

Dann weiter, was die Gesetze über die Wahl des Regionalrates und der Landtage von Südtirol und Trentino betrifft, tritt hier die Frage auf: Kann man mit Autonomiestatut einfach festsetzen, daß unbedingt ein Ladinier in diesem Fall Präsident oder Vizepräsident dieser Gesetzgebungskörperschaften sein muß? Das ist eine Frage, ob man das verlangen kann. Aber jetzt in der Generaldebatte gehe ich nicht weiter auf die Einzelheiten ein, allerdings habe ich beantragt, daß wenn wir die Ladinier des Trentino mit den Ladinern von Südtirol gleichstellen wollen, dann, was die Schule betrifft, die entsprechenden Bestimmungen übernommen werden und auch auf die Gemeinden des Trentino bezogen werden müssen, um die es geht. Dasselbe gilt auch was die Schulen für die deutschsprachigen Minderheiten betrifft und ich gehe davon aus, daß die deutschsprachige Minderheit, auch wenn sie bis auf heute nicht gerade groß

ist, aber wenn sie als deutschsprachige Minderheit anerkannt werden will, dann das Recht bekommen muß, Deutsch zu lernen. Übrigens hat das italienische Parlament - und das war auch ein Begehrensantrag vom Regionalparlament des Aostatales - nicht 1948, nicht 1972, sondern erst im September 1993 ein Verfassungsgesetz vom 23. September 1993, Nr. 2 beschlossen, wo es heißt, daß die mit Regionalgesetz anerkannte Bevölkerung deutscher Sprache das Recht auf Schutz ihrer sprachlichen sowie kulturellen Besonderheiten und Traditionen hat. Der Bevölkerung gemäß Absatz 1 wird auch der Unterricht der deutschen Sprache in den Schulen durch zweckdienliche Anpassung an die örtlichen Erfordernisse gewährleistet. Das könnte übernommen werden, aber dann müssen wir davon ausgehen, daß es eine deutschsprachige Bevölkerung ist, die auch das Recht hat, die deutsche Schule zu erhalten, so, wie sie in Südtirol für die deutsche Volksgruppe geregelt ist.

Ich habe auch dementsprechend eine Abänderung eingebracht, wo es nicht heißen soll, wie es da heißt: "...ladinischen Sprache und in den deutschsprachigen Gemeinden die deutsche Sprache in der lokalen Ausdrucksweise". Ich komme nicht mit. Die deutsche Sprache muß unterrichtet werden und nicht ein seit Jahrhunderten gesprochener Dialekt, der deutschen Ursprungs ist, sondern die deutsche Sprache, wenn sie als deutschsprachige Minderheit anerkannt werden wollen und in Zukunft auch als solche bleiben wollen. So wie es im Verfassungsgesetz vom Aostatal heißt: "Der Bevölkerung der Walser wird auch der Unterricht der deutschen Sprache..... alle popolazioni di cui al primo comma è garantito l'insegnamento della lingua tedesca... durch Anpassung an die örtlichen Erfordernisse gewährleistet.". Aber nicht die deutsche Sprache in der lokalen Ausdrucksweise.

Damit hätte ich die wesentlichen Dinge gesagt, auf die ich aufgrund meiner 50jährigen Erfahrung bestehen werde und wenn diese Abänderungen nicht angenommen werden, werde ich dagegen stimmen. Ich weise auch darauf hin, daß wir geltend machen können, warum ihr erst 1997 draufgekommen seid, daß es im Trentino deutschsprachige Minderheiten gibt und daß die Ladinier in Trentino auch gleich gut geschützt werden müßten usw. Man könnte sagen, die hat es ja vorher auch gegeben und wieso kommt ihr so spät, später als die Aostaner darauf. Aber immerhin, den Aostanern ist erst im September 1993 diese Gleichstellung mit Verfassungsgesetz gewährt worden, so daß wir sagen könnten, man war der Ansicht, daß es vom Pariser Vertrag nicht vorgesehen ist. Aber wir haben den Beweis mit dem Verfassungsgesetz für das Aostatal und wir haben als Beweis auch die Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, Erklärung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1992 einstimmig angenommen worden ist, auf die wir uns berufen können und wo es im Grundsatzartikel Nr. 1 heißt: "Die Staaten schützen die Existenz und die nationale oder ethnische, kulturelle, religiöse und sprachliche Identität der Minderheiten in ihrem Hoheitsgebiet und begünstigen die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität." Da muß ich sagen, daß das falsch übersetzt ist. Im englischen, maßgeblichen Text heißt es: „Es wird die Existenz der Minderheiten in ihrem Gebiet, in dem sie seit eh und je siedeln und wo sie die Mehrheit bilden, geschützt.“ Also die Staaten werden

verpflichtet, daß diese Minderheiten in ihrem Gebiet, in dem sie siedeln, nicht überfremdet werden. Nicht in ihrem Hoheitsgebiet, im Hoheitsgebiet von Italien.... „und begünstigen die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität und die Staaten treffen geeignete Gesetzgebung und sonstige Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.“

Bis auf weiteres - ich habe ja alles wesentliche geltend gemacht.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Binelli.

BINELLI: Grazie signor Presidente. L'occasione della discussione di questo disegno di legge ci consente di ricordare anche storicamente quali sono state le attenzioni alle tematiche delle minoranze etnico linguistiche in provincia di Trento da parte dei movimenti autonomistici trentino, in particolare ricordo, fin dalle sue origini, l'ASAR e poi il Partito Popolare trentino Tirolese.

Già il collega Fedel ha ricordato questi aspetti e debbo dire che proprio le tematiche riguardanti le minoranze etniche linguistiche della provincia di Trento sono state alla base della nascita dei movimenti autonomistici trentini, in particolare del Partito Popolare Trentino Tirolese.

Come successione e conseguenza storica, da quei movimenti autonomistici è nato il Partito Autonomista, insieme con altri movimenti autonomistici trentini e che hanno inteso concretizzare con questo disegno di legge la loro attenzione alle problematiche concernenti le minoranze linguistiche ed etniche del Trentino.

Debbo dire quanto storicamente sia stata avanzata la posizione di quei movimenti, se è vero che a quasi 40 anni di distanza da quelle idee si arriva a concretizzare in aula un provvedimento legislativo di tale portata. Allora sembravano dei Don Chisciotte quelli che sostenevano queste idee, attualmente invece la storia ha dato loro ragione e ormai la sensibilità attorno a queste tematiche è generale. Tant'è che il Partito Autonomista ha inteso apporre la propria firma su questo disegno di legge, da parte dei conss Tretter e Andreotti in sede di Commissione, in cui sono rappresentante e componente io, ho dato voto favorevole, proprio perché l'autonomia non è solo una questione di denaro, anche se la dotazione finanziaria è uno strumento indispensabile per attivare i meccanismi dell'autonomia, ma è soprattutto un riconoscimento dei diritti e delle tradizioni dei popoli.

A questo riguardo va anche sottolineato il lavoro diligente svolto dall'apposito comitato, sorto nell'ambito della provincia di Trento, per sollecitare il Consiglio regionale su queste tematiche. Dunque il traguardo del riconoscimento giuridico delle sette comunità linguistiche della provincia di Trento è un traguardo che corona questi sforzi, portati avanti con tanta diligenza dai rappresentanti di questo movimento.

Noi con questo provvedimento ci accingiamo a varare una carta per le minoranze etniche e linguistiche del Trentino, un documento importante, che noi intendiamo suggellare, dichiarando il voto favorevole del Partito Autonomista Trentino Tirolese.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Dann schließe ich diesen Teil der Debatte ab und gebe das Wort dem Ausschuß und dann behalte ich mir vor, einige Sätze zur Replik zu sagen.

GRANDI: Intervengo per conto della Giunta regionale, per una breve dichiarazione, che rendo al Consiglio a nome dell'intera Giunta, per dire che per noi questo è un passaggio molto importante e per ribadire qui, come si è ripetutamente affermato in occasione delle dichiarazioni che accompagnano i documenti di bilancio e in occasione anche della trattazione di altri punti all'ordine del giorno del Consiglio, che avevano come oggetto il tema delle minoranze, che la Giunta stessa ha inteso elaborare uno specifico progetto in questo importantissimo tema.

L'obiettivo finale è quello, naturalmente attraverso queste azioni, di creare tutte le condizioni, ma di creare anche nuove condizioni, perché nella nostra regione anche per la sua natura, per la sua connotazione, vi sia la più ampia tutela, la massima valorizzazione di tutte le minoranze e di conseguenza anche la più ampia valorizzazione delle minoranze germanofone.

L'altro obiettivo è quello di contribuire, assieme alle altre regioni ed assieme agli altri paesi della Mitteleuropa, a sensibilizzare, a creare veramente una cultura nuova, per la tutela e la valorizzazione delle minoranze, problema questo che interessa molti paesi che da poco fanno parte della grande Europa o che tra non molto vi potranno far parte.

Posso informare che uno degli obiettivi specifici, che si pone anche Alpe Adria, è rappresentato da questo. Quindi la Giunta si muove con particolare convinzione in questo campo ed è cosciente del contenuto di tutti i trattati internazionali, europei e non solo, è cosciente dell'importanza di evidenziare questa problematica, nel momento nel quale sta per insediarsi la bicamerale, che ha come obiettivo strategico anche quello di una riforma federale del nostro Stato e quindi è cosciente di quello che è il contesto internazionale e nazionale di riferimento, nel quale deve inserirsi un'azione molto efficace, da parte di quelle istituzioni autonomistiche come le nostre, che debbono dettare norme, in relazione ad una popolazione che riscontra significative presenze di minoranze etniche e di minoranze linguistiche.

Discende da tutto questo la necessità di un consistente adeguamento normativo e della messa a disposizione anche di adeguati strumenti di natura finanziaria. L'adeguamento normativo si impone sia a livello nazionale e occorrerebbe che il legislatore nazionale, quindi il Parlamento della Repubblica, desse seguito anche a quanto è previsto nel dettato della costituzione, ci sono anche a questo proposito degli articoli che non hanno mai avuto il seguito legislativo e questo è un fatto grave, perché si attende una legge-quadro da quasi 50 anni in questo paese, per quanto riguarda le minoranze. L'adeguamento legislativo però si impone anche a livello regionale e provinciale.

In questo contesto credo si possa affermare che questo progetto di legge va nella direzione giusta, nel senso che si tratta di un provvedimento che affronta in modo

organico questa delicatissima problematica e fa fare un consistente salto in avanti a tutta la questione. Vi sono delicati aspetti che attengono il sistema scolastico, che attengono la tutela della lingua, che attengono la tutela delle tradizioni culturali, che attengono però anche le modalità della vita e quindi l'economia, l'urbanistica e molti altri aspetti ancora, che toccano direttamente o indirettamente le popolazioni che vivono in queste realtà.

Il disegno di legge va nella direzione giusta, perché è un disegno di legge organico, che noi con grande convinzione voteremo positivamente, è un disegno di legge che estende i diritti delle minoranze, che supporta giuridicamente questi stessi diritti e quindi le conseguenze saranno positive non solo per quanto riguarda il problema specifico della tutela delle minoranze, ma avrà conseguenze altrettanto positive anche per quanto riguarda gli stessi assetti autonomistici delle nostre due province e della regione, perché sappiamo che una delle ragioni, anche per il futuro, che consentirà noi di rinnovare la validità dell'ancoraggio internazionale, naturalmente della difesa della nostra specificità, sono da individuarsi proprio nella presenza delle nostre minoranze.

Quindi il voto è sicuramente favorevole e assicuro qui, a nome della Giunta, assieme al Consiglio regionale, ai Consigli provinciali e alla delegazione parlamentare, di assumere l'impegno di accompagnare al parlamento questo progetto di legge, perché divenga nei fatti legge costituzionale e perché attraverso di esso si possa poi produrre quell'insieme di atti legislativi e di azioni amministrative, che vanno nella direzione di un rafforzamento della tutela di queste minoranze, ma anche di un rafforzamento della identità autonomistica della nostra regione.

PRÄSIDENT: Ich möchte Sie um Verständnis bitten, daß ich von diesem Sitz aus replizieren muß, weil Vizepräsident Treter sich entschuldigen mußte.

Ich möchte den Teilnehmern der Diskussion recht herzlich danken für die wertvollen Beiträge und Anregungen, die geliefert worden sind und vor allem für die Grundlinie, die zum Ausdruck gekommen ist, daß man also mit verschiedenen Akzenten und Vorschlägen, aber doch grundsätzlich dem Schutz der deutschen Minderheiten im Trentino und der Ladinier insgesamt positiv gegenübersteht. Sie wissen, was die deutsche Besiedlung betrifft, so ist das Siedlungsgebiet der Deutschen in der Vergangenheit im Trentino weit über das heutige Restgebiet hinausgegangen und umfaßte ein Gebiet bis Asiago, das im 13. und 14. Jahrhundert ständig besiedelt war, z.B. auch die Gemeinden Pinè/Panait, Lavarone/Lafraun, Folgaria/Vielgereut. Heute sind praktisch diese Sprachinseln im Fersental und in Lusern übriggeblieben, die diese alte zimbriische Mundart sprechen, die übrigens eine der ältesten deutschen Mundarten ist, die erhalten sind. Die große Sorge ist, daß jetzt auch diese Minderheiten verschwinden, weil neben den kulturell-sprachlichen Problemen als Sprachinsel auch große wirtschaftliche Probleme auf diese Minderheiten hereingebrochen sind. Es sind verarmte Gebiete, früher waren es einmal Kupfer- und Silberminen und auch Bleimineralien im Fersental. Die Leute haben damals als Bergknappen gearbeitet, der Rest der Bevölkerung in der Landwirtschaft, im Gartenbau und in der Viehzucht. Aber heute sind die Gebiete sehr verarmt. Die Minen sind längst geschlossen. Auch das Sonderdekret,

die Lizenz, die Maria Theresia damals für den Wanderhandel ausgegeben hat, das alte Privileg der Wanderhändler, ist nicht mehr so wirksam, so daß die Gefahr der Abwanderung besteht.

Ich darf erinnern, daß die Bürgermeister von Lusern, Palai, Florutz und Gereut einen Appell an verschiedene Behörden u.a. an den Staatspräsidenten von Österreich, Italien und an uns alle gerichtet haben, wo sie folgendes sagen: "Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die restlichen deutschsprachigen Gemeinschaften des Trentino die vielen Ereignisse u.a. auch den Faschismus in fast eintausendjähriger Geschichte überlebt haben, jedoch jetzt mehr als je zuvor von den ernsthaften Gefahren bedroht sind, völlig ausgelöscht und assimiliert zu werden. In den letzten 30 Jahren - der Pariser Vertrag hätte sie schützen sollen - ist die Bevölkerungszahl um 45 Prozent in Lusern und um 35 Prozent in den drei deutschsprachigen Gemeinden des Fersentales zurückgegangen, und zwar infolge der Abwanderung insbesondere junger Leute, bedingt durch sehr mangelhafte Arbeitsmöglichkeiten und Dienstleistungen, was zur Folge hat, daß jetzt eine unausgeglichene, ungünstige Altersstruktur der Bevölkerung vorherrscht. Die Entfernung der ursprünglichen Einwohner von den eigenen historischen Ansiedlungsgebieten wird stufenweise aber erfolgreich das Verschwinden unserer Minderheiten herbeiführen." Um so dringender ist also diese Maßnahme.

Auch für die Ladinier gilt im Prinzip das Gleiche. Während das Autonomiestatut für Südtirol die deutschsprachige Minderheit sehr stark schützt und mit gewissen Abstrichen auch die Ladinier, ist für das Trentino sehr wenig vorgesehen, außer den grundsätzlichen Richtlinien. Dieser Gesetzentwurf ersucht mit Antrag an das Parlament diese Schwächen auszumerzen und die Ladinier insgesamt und auch die deutschsprachige Bevölkerung im Trentino gleichzustellen mit dem Minderheitenschutz in Südtirol. Zwar erstens einmal im kulturellen Bereich aber nicht nur, auch durch besondere wirtschaftliche und soziale Bestimmungen von Finanzmitteln soll das erfolgen. Dann durch die entsprechende Vertretung im Regionalrat. Ich sage Ihnen gleich zum Art. 2: Auch wenn der Art. 2 der Kommission vorsieht, daß die Vertretung im Regionalrat auf einen Vertreter der deutschen und einen Vertreter der Ladinier ausgeweitet wird, ich jedoch in Absprache mit den Vertretern der Minderheiten es auf einen einzigen Vertreter im Trentino reduzieren würde, weil ansonsten der Artikel in dieser Form nicht durchgeht. Ich habe die entsprechende Information von den Kollegen im Regionalrat nicht nur von der Mehrheit, sondern auch von der Minderheit, die der Meinung sind, daß zwei Vertreter mit Rechtskraft den Bogen überspannen würden.

Ein ähnlicher Abänderungsantrag liegt zum Art. 4 vor, um dem Bedenken Rechnung zu tragen, die der Kollege Benedikter geäußert hat. Ich habe ihn zusammen mit dem Kollegen Willeit formuliert. Ich hätte Dich gerne mit einbezogen, aber es hat sich zeitlich nicht mehr ergeben, um die Trennung zwischen den Ladinern vorzunehmen, die einen gewissen Schutz erhalten sollen, der nicht weniger werden, sondern ausgebaut werden soll auf Rundfunk und Fernsehen und die Differenzierung der deutschsprachigen Minderheit im Trentino, wie Du das richtigerweise gesagt hast, vorsehen soll, um nicht das, was bereits für die deutsche Volksgruppe erkämpft worden

ist, durch eine Gleichstellung nach unten zu ziehen. Das wäre der Abänderungsantrag zum Art. 4, der auch diesen Vorschlägen Benediktors Rechnung trägt.

Ansonsten was die Schule betrifft, habe ich einen Brief seitens der Bürgermeister der deutschsprachigen Gemeinden des Trentino bekommen, des Kulturinstitutes und aller dortigen Kräfte, die ersuchen, bei der Formulierung des Textes zu bleiben, in der es grundsätzlich heißt, im Kindergarten Deutsch auch in der lokalen Ausdrucksweise und auch in der Volksschule und in der Oberschule Deutsch einzuführen, weil auch diese lokale Ausdrucksweise die Brücke zur deutschen Sprache bilden soll. Ich bitte also den Kollegen Benedikter um Verständnis, wenn wir mit Rücksicht auf die Absprache mit den Minderheiten und auf Respekt vor deren Wünschen bei der ursprünglichen Formulierung diesbezüglich bleiben. Die Gleichstellung soll auch dadurch erfolgen, daß im Verwaltungsgerichtshof die entsprechende Vertretung vorgesehen wird. Im Landesschulrat, bei der Berücksichtigung der Lehrer, sollen diejenigen Vorrang haben, die die Kenntnis der ladinischen bzw. deutschen Sprache haben und dasselbe gilt auch in der Verwaltung im Fassatal bzw. in den deutschsprachigen Gemeinden für die Beamten, die der Sprache mächtig sind.

Ich möchte jetzt nicht alle Details aufzählen, die hier gegeben sind. Im Wesentlichen geht es darum, diese Minderheiten aufzuwerten, gleichzustellen im Rahmen der Möglichkeiten und damit endlich etwas zu setzen, was wir eigentlich als Minderheit auch als Südtiroler längstens schuldig sind. Die Frage ist nämlich auch im Regionalrat gestellt worden, warum man diese Frage, die eigentlich das Trentino betrifft, den Südtirolern überlassen hat. Die Antwort ist sehr einfach: die Südtiroler fühlen sich als Minderheit besonders verpflichtet, auch gegenüber anderen Minderheiten ihre Schuldigkeit und ihre moralische Pflicht zu erfüllen.

Ein Einwand war in der Diskussion: Ja, inzwischen sind für die Ladiner einige Bestimmungen durch Durchführungsbestimmungen erlassen worden. Hat man dem Rechnung getragen? Natürlich, diese Bestimmungen, die für die Ladiner durch Durchführungsbestimmungen erlassen worden sind, sind ein kleiner bescheidener Schritt auf der Ebene der Durchführungsbestimmung. Wir intervenieren auf der höheren Ebene des Autonomiestatutes und damit auf der Ebene des Verfassungsgesetzes.

Begehrensgesetzentwürfe haben öfter das Schicksal erlebt, daß sie auch in den Schubladen landen. Bei diesem Gesetzentwurf hoffen wir es nicht. Ich werde ihn persönlich in Rom einreichen und vertreten, wenn er genehmigt wird. Auch die Parlamentarier, soweit sie sich damit identifizieren können, werden den Gesetzentwurf, so wie er von uns verabschiedet wird, in Rom vorantragen.

Damit danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und wir kommen damit zur Abstimmung zum Übergang zur Sachdebatte. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Die breite Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 3. Wer enthält sich der Stimme? 1.

Damit ist der Übergang zur Sachdebatte genehmigt.

Wir kommen somit zum Art. 1 und ich möchte folgendes sagen: Was den Titel des Gesetzentwurfes betrifft, soll es heißen: "Begehrensgesetzentwurf gemäß Art. 135 und 103 des Autonomiestatutes...." Also daß man in den Titel auch den Bezug auf den Art. 103 des Autonomiestatutes mit aufnimmt. Das war ein Wunsch, der mir vorgelegt worden ist, weil der Art. 103 ausdrücklich die Änderungen am Autonomiestatut vorsieht. Gibt es Wortmeldungen dazu?

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: ...daß auf den Art. 103 Bezug genommen werden soll. Der Art. 103 sagt, "Für die Änderung dieses Gesetzes wird das in der Verfassung vorgesehene Verfahren für Verfassungsgesetze angewandt. Die Initiative zur Änderung steht auch dem Regionalrat zu". Das betrifft die Prozedur. Aber meiner Ansicht nach hat es keinen Sinn, daß wir auf den Art. 103 Bezug nehmen, der kommt automatisch zur Anwendung, während auf den Art. 35 Bezug genommen werden muß und zwar möchte man meinen, daß das in erster Linie die Provinzen interessiert. Diese haben aufgrund des Autonomiestatutes die Zuständigkeiten, für die Existenz und für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Bevölkerungen zu sorgen, darunter auch der Minderheiten. Aber es muß aufgrund des Art. 35 ein Begehrensantrag vom Regionalrat beschlossen werden, damit er vom Parlament zur Kenntnis genommen werden kann. Also braucht es meiner Ansicht nach den Bezug auf den Art. 103 nicht. Das ist auch nie gemacht worden, denn dann hätte in allen Begehrensanträgen, die bisher vom Regionalrat verabschiedet worden sind, immer auf den Art. 103 Bezug genommen werden müssen. Der regelt nur die Prozedur.

PRÄSIDENT: Ich nehme dies zur Kenntnis. Ich habe überprüfen lassen, ob automatisch oder nicht der Art. 103 zur Anwendung kommt. Juridisch ist es in Ordnung, wenn wir auf beide Bezug nehmen und nachdem es der ausdrückliche Wunsch der betroffenen Bevölkerung aus den deutschsprachigen Gemeinden ist, würde ich diesem Ersuchen Rechnung tragen und somit bringe ich es zur Abstimmung. Wer mit dieser Einfügung "...und Art. 103" einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer ist dagegen? 5. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung ist diese Änderung genehmigt.

Wir kommen damit zum Art. 1. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch der Titel - Kommissionstext - geändert worden ist. Es heißt nicht mehr "germanofone" sondern "die lingua tedesca". Der Titel lautet also folgendermaßen: "Förderung der ladinischen und deutschsprachigen Minderheiten im Trentino - Valorizzazione delle minoranze ladine e di lingua tedesca del Trentino."

Art. 1

(Integrazione all' articolo 15 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670)

1. Dopo il secondo comma dell'articolo 15 del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, è aggiunto il seguente comma:

"La provincia di Trento utilizza gli stanziamenti destinati a scopi culturali, economici e sociali, tenendo conto della consistenza della popolazione ladina e di lingua tedesca e delle specifiche necessità per un proficuo sviluppo, nonché della misura delle relative esigenze."

Art. 1

(Ergänzungen zum Artikel 15 des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670)

1. Nach Absatz 2 des Artikels 15 des mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670 genehmigten vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze, die das Sonderstatut für Trentino-Südtirol betreffen, wird der nachstehende Absatz hinzugefügt:

"Die Provinz Trient setzt die im Haushalt zu kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Zwecken bestimmten Mittel unter Berücksichtigung der Stärke der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung und im Verhältnis zu ihren besonderen Erfordernissen ein. Berücksichtigt werden zudem die spezifischen Bedürfnisse der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung zum Zwecke einer fruchtbringenden Entwicklung".

PRÄSIDENT: Dazu ein Abänderungsantrag des Abg. Benedikter:

L'articolo 1 è così sostituito:

„Al comma 2 dell'art. 15 del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670 ed in seguito denominato „Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige“, le parole „La provincia di Bolzano“ sono sostituite dalle parole „Le province di Bolzano e di Trento“.

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Es genügt, wenn wir im Art. 15 neben der Provinz Bozen auch die Provinz Trient mit den dort vorgesehenen Verpflichtungen erwähnen, wo es heißt: "Die Provinz Bozen setzt die im Haushalt zu Zwecken der Fürsorge sowie zu sozialen und kulturellen Zwecken bestimmten eigenen Mittel im direkten Verhältnis zur Stärke und mit Bezug auf das Ausmaß des Bedarfes einer jeden Sprachgruppe ein. Ausgenommen sind außerordentliche Fälle, die wegen besonderer Erfordernisse Sofortmaßnahmen erheischen." Das hat den Vorteil, daß wir eine bestehende Bestimmung des Autonomiestatutes benützen und nun auch auf das Trentino ausdehnen, mit demselben Zweck. Eine bestehende Bestimmung kann ausgenützt werden und kann auch auf die Minderheiten im Trentino angewandt werden.

Ich mache darauf aufmerksam, ich erwähne: Das Aostatal hat, um dem Schutz der Walser zu erreichen, auch einen Verfassungsgesetzentwurf eingereicht und dort ist gestanden: "Le popolazioni tedesche hanno il diritto alla valorizzazione delle proprie iniziative di attività culturale, di stampa e ricreative nonché al rispetto della toponomastica e delle tradizioni delle popolazioni stesse". In Rom ist dann herausgekommen: "Le popolazioni di lingua tedesca della Valle del Lys, individuate con legge regionale, hanno diritto alla salvaguardia delle proprie caratteristiche e tradizioni culturali e linguistiche". Und dann heißt es, daß die Region alles Übrige im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu tun hat. Dort gibt es nur die Region, dort gibt es keine Provinz. Wir haben schon einen Artikel, den Art. 15, letzter Absatz, und wir könnten einfach sagen, daß im Art. 15 nicht nur die Provinz Bozen sondern auch die Provinz Trient erwähnt wird und hätten damit von einem bestehenden Artikel Gebrauch gemacht. Das würde selbstverständlich auch in Rom leichter durchgehen als diese Neufassung. Die Aostaner haben auch etwas ähnliches vorgeschlagen und herausgekommen ist dann eine Grundsatzbestimmung, alles andere ist Sache der Region. Bei uns müßte es der zuständigen Provinz überantwortet werden.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort? Wir reden jetzt zunächst über den Abänderungsantrag des Abg. Benedikter und nachher über den Art. 1.

Bitte, Abg. Fedel.

FEDEL: Intendo intervenire sull'emendamento Benedikter, per dichiararmi favorevole al medesimo, perché è steso in modo tale da chiarire e prendere atto dello statuto del 1972, che esistono due province autonome. Quindi il fatto che estendiamo la norma del secondo comma dell'art. 15 alla provincia di Trento, diventa un elemento di valorizzazione per la provincia di Trento, non un momento di divisione, naturalmente solo in riferimento a questo argomento della tutela e difesa delle minoranze etniche.

Il cons. Benedikter, firmatario dell'emendamento, ha già illustrato, credo sia opportuno approvarlo, perché la parola "provincia di Bolzano" sono sostituite dalle parole "le province di Bolzano e Trento", quindi è un dato positivo per la provincia di Trento, ecco perché approvo questo emendamento.

PRÄSIDENT: Der Abg. Dalbosco hat das Wort zum Abänderungsantrag.

DALBOSCO: Sono contrario all'emendamento Benedikter, innanzitutto viene introdotta una simmetria fra le due province, dal punto di vista linguistico e poi sostanziale, che finora non trovava riscontro e credo sia molto densa di implicazioni giuridiche, che vanno ben al di là di questo specifico punto statutario.

In particolare parlando di gruppi linguistici e non più di popolazioni di lingua tedesca, avviene un cambiamento piuttosto significativo, al cui riguardo sottolineo come si sia partiti da popolazioni germanofone, una dizione rispettosa anche della differenza linguistica dei vari gruppi di cui stiamo parlando. Si è passati poi "di

lingua tedesca”, adesso si arriva a definire implicitamente il gruppo tedesco del Trentino, con tutte le conseguenze del caso.

Al riguardo vedo che anche l’ultima proposta emendativa, proveniente dal Presidente Grandi, dal Presidente Peterlini e dal cons. Willeit, arriva ad un certo punto a parlare della popolazione tedesca. Sono contrario a questa deriva terminologica, se fosse per me mi atterrei a germanofono, prendo atto che la linea è quella di parlare ovunque di popolazioni di lingua tedesca, mi oppongo all’introduzione della dizione, implicita o esplicita, “gruppo tedesco del Trentino”.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen? Geheimabstimmung? Ich wollte noch etwas sagen. Als Einbringer muß ich auch dagegen sein und zwar aus einer ganz grundsätzlichen Überlegung. Die reine Ausdehnung des Proporz plus Bedarf laut Art. 15 des Autonomiestatutes von Südtirol auf das Trentino würde bedeuten, daß streng nach Proporz vorgegangen werden müßte. Während die Formulierung, die die Kommission gemeinsam mit mir getroffen hat, festlegt: "...im Verhältnis zu ihrer Stärke und im Verhältnis zu ihren besonderen Erfordernissen. Berücksichtigt werden zudem die spezifischen Bedürfnisse der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung zum Zwecke einer fruchtbringenden Entwicklung". Es gibt im Trentino etwa schätzungsweise - leider ist es keine Zählung - 2500 Personen, die deutsch sprechen. Es gibt keine Zählung und es ist auch keine vorgesehen. Also hätten wir nicht einmal die Grundlage dafür. Dann etwa 9000 Personen - und da gibt es auch nur die Zählung in Fassaladinien und nicht außerhalb -, die ladinisch sprechen. Also vor allem für die deutschsprachige Minderheit würde eine Anwendung des Proporz - auch wenn man das Wort "und Bedarf" dazu nimmt - bedeuten, daß man sie nach einem Prinzip der Mehrheitsverhältnisse behandelt, die ihnen zum Schaden gereichen würden, weil sie zahlenmäßig sehr schwach sind. Deshalb haben wir sehr stark hervorgehoben "die besonderen Erfordernisse und die fruchtbare Fortentwicklung dieser Bevölkerung", so daß ich nach Abwägung der Argumente doch lieber beim Kommissionstext bleiben möchte.

Zum Abg. Dalbosco möchte ich sagen: der Terminus "deutschsprachig" statt "germanofone" ist von der Kommission nach Rücksprache mit dem Betroffenen eingeführt worden, weil man im Sinne des Schutzes der Sprachgruppen auf Verfassungsebene in Italien keine "germanofoni-Gruppe" findet, während die deutsche Volksgruppe sehr wohl unter den vom italienischen Gesetzgeber geschützten - beispielsweise im Aosta - Volksgruppen vorzufinden ist. Das war übrigens eine Argumentation des Abg. Benedikter in der Gesetzgebungskommission.

Jetzt stimmen wir geheim über den Antrag des Abg. Benedikter, den Art. 1 zu ersetzen, ab. Wer ist mit der Geheimabstimmung einverstanden? Genügend. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel und nachher um den Namensaufruf.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)

(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich darf das Ergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	50
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	38
weiße Stimmzettel:	6

Damit ist der Abänderungsantrag des Abg. Benedikter abgelehnt.

Wir kommen zum Art. 1. Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, non era mia intenzione intervenire, così come non sono intervenuto in discussione generale su questo progetto di legge, perché credevo di essere stato sufficientemente chiaro in Commissione, quando avevo manifestato il voto contrario di Alleanza Nazionale in merito al provvedimento in esame.

Quindi ho voluto assumere in questa occasione un atteggiamento il più possibilmente sereno, a proposito di questa iniziativa, ma non posso sottacere, rispetto ad alcune cose che il Presidente della Giunta, nella fase di replica, ha ritenuto di dover dire, manifestando l'intenzione della Giunta di sostenere il progetto di legge. Presidente della Giunta lei mi deve perdonare, mi ha tirato per i capelli, devo avviare una polemica nei suoi confronti, perché non è possibile accettare senza nulla fare, quasi pensando che quando lei abbia detto, nel suo modo così piano di parlare, accettare per vero quanto lei ha detto, perché quanto lei ha detto, signor Presidente della Giunta, è falso ed io la accuso di falso.

Lei non può citare fatti storici e documenti come se questi fossero a sostegno delle sue tesi, perché questi documenti e questi fatti non sostengono affatto le sue tesi. La questione della internazionalizzazione dell'Alto Adige, signor Presidente della Giunta, glielo voglio ricordare, perché lei se lo dimentica sempre, è dettata dall'accordo Degasperi-Gruber, allora lei deve leggerselo questo accordo, non può fare finta che in questo accordo vi sia scritto quello che lei oggi vuol far credere che ci sia scritto, perché l'art. 1, primo periodo, dell'accordo Degasperi-Gruber, lo leggo nella versione italiana, recita: "Gli abitanti di lingua tedesca della provincia di Bolzano e quelli dei vicini comuni bilingui della provincia di Trento, godranno di completa uguaglianza di diritti rispetto agli abitanti di lingua italiana, nel quadro delle disposizioni speciali, destinate a salvaguardare il carattere etnico e lo sviluppo culturale ed economico del gruppo di lingua tedesca".

Quindi lei non può sostenere che in questo modo e con questo progetto di legge noi andiamo alla ricerca di una nostra rilegittimazione, per quanto riguarda i motivi stessi dell'autonomia, perché noi eventualmente volessimo essere chiari ed onesti fino in fondo, noi trentini abbiamo ceduto, senza colpo ferire, alla provincia di Bolzano i

comuni bilingui, che storicamente erano assegnati alla provincia di Trento e che la provincia di Trento ha ceduto, senza colpo ferire, alla provincia di Bolzano.

Quindi allora l'istituto regionale nasce per effetto delle norme previste dalla costituzione in materia di tutela delle minoranze linguistiche e per effetto dell'accordo Degasperi-Gruber. Ora l'accordo Degasperi-Gruber dice questo e non dice altro, non parla di ladini e nemmeno delle presenze di lingua germanofona, dopo di che, Presidente della Giunta, lei sa benissimo che nella vita e soprattutto in politica si può dire di tutto e si può giustificare qualsiasi atto o qualsiasi decisione, ma non si può avere l'impudenza di parlare a degli sprovveduti o a coloro che ignorano come si sono realizzati i fatti.

Allora, signor Presidente della Giunta, la nostra autonomia la rintracciamo nei codici e nelle leggi, non abbiamo bisogno di invenzioni, recentemente il Consiglio provinciale ha approvato, sbagliando, l'obbligatorietà dell'insegnamento della lingua ladina, per quanto riguarda i comuni della Valle di Fassa, sbagliando, perché rendere obbligatorio l'insegnamento di un idioma, non di una lingua, di una parlata, significa la morte di quell'idioma, perché basta spostarsi di qualche chilometro per rendersi conto che una lingua ladina organica non esiste e se voi la volete far esistere per motivi che nulla hanno a che fare con la cultura, volete soltanto raggiungere obiettivi che sono di natura politica, non di natura linguistica, nè tanto meno di natura socioeconomica, ma sono esclusivamente di natura politica, elettorale e clientelare.

Per quanto riguarda poi le contraddizioni che questo progetto di legge evidenzia, credo di non dover spendere eccessive parole, il fatto stesso di immaginare che si possa parlare di una minoranza tedesca, signor Presidente della Giunta, lei che conosce la storia, mi insegna che quel problema venne risolto definitivamente dal console Mario, alle Acquae Sestae, nel 102 a.C.; quindi anche sotto questo profilo non è consentito di inventare a questo riguardo, altro è, signor Presidente della Giunta, la tutela di carattere culturale e la tutela di carattere socioeconomico, ma allora queste tutele devono essere esercitate nell'ambito di un piano organico, che prevede la tutela della popolazione di montagna, dovunque questa popolazione è insediata, perché a questo proposito lei mi deve spiegare per quali ragioni si devono tutelare le popolazioni che insistono a Luserna, piuttosto che le popolazioni che insistono a Canal S.Bovo o in qualsiasi altro comune del Trentino.

Dobbiamo pensare realmente a questo problema e dobbiamo immaginare con la fantasia, ma al tempo stesso con la concretezza che deve assistere a coloro che hanno la responsabilità della politica e dell'amministrazione, di dover fare i conti con la realtà e non rincorrere le leggende, soltanto perché in questo modo si può guadagnare qualche centinaia di voti di preferenza.

E' tutto qui, purtroppo lo dico a malincuore, profondamente deluso assistiamo giorno dopo giorno ad una serie di episodi criminosi, perché a questo punto soltanto di atti criminali si può parlare ed uso queste parole volutamente, caricate di questo significato, perché non si può in alcun modo falsificare la storia e soprattutto la verità della storia.

PRÄSIDENT: Immer zum Art.1 hat der Abg. Morandini das Wort.

MORANDINI: Signor Presidente, onorevoli colleghi, avevo chiesto al signor Presidente Peterlini di intervenire durante l'intervento del Presidente della Giunta, lei mi ha detto che era chiusa la discussione generale, poi peraltro lei ha detto che interveniva ed è intervenuto come consigliere, quindi considero questi brevi parole come dette di fatto, sostanzialmente sul tema generale del progetto di legge.

Presidente, non entro nella polemica che poco fa è stata sollevata, perché penso che potremmo approfondire, sul piano storico e sul piano linguistico e anche sul piano della cultura regionale questo tipo di problema in altra sede. Quello che mi preme evidenziare è che questo disegno di legge-voto non resti soltanto una proclamazione di principio.

Ritengo che avviandoci verso un'Europa dei popoli e delle nazioni ci voglia reciproco rispetto, in modo particolare per le minoranze linguistiche, ci sono già dei pronunciamenti e delle fonti di diritto autorevoli in questo senso, mi riferisco anche alla legge regionale n. 1 nel 1993, approvata da questo Consiglio, in attuazione della legge 142 sull'ordinamento dei comuni, dico che stiamo di fatto attuando e andando verso una questione di civiltà.

A mio avviso già il senso ed il criterio primo dello statuto di autonomia andava in questa direzione, non entro nel merito se l'accordo Degasperi-Gruber del 1946, perché non prevedeva esplicitamente questo tipo di tutela di fatto non la volesse accorpare, a mio avviso sono della convinzione che invece sia ladini che minoranze germanofone fossero ricompresi in questo tipo di tutela, prevista dall'accordo Degasperi-Gruber, ma non è questa la sede, lasciamola alle fonti più autorevoli, che sono di tipo storico, di tipo culturale ad approfondirla.

Quello che a me preme rilevare è che siamo di fronte a quella che vorrei definire una piccola Europa, che c'è già da tempo nella nostra realtà regionale, quindi è una questione di civiltà, che richiede una tutela sovraproporzionale, a mio avviso sarebbe un errore, come qualche emendamento vuole significare, che si andasse a pensare di tutelare la minoranze di cui si parla in questo disegno di legge-voto con criteri di tipo proporzionale. Non è questa la strada e quindi mi dichiaro da subito contrario ad alcuni emendamenti, che intendono introdurre questo tipo di tutela, perché qui c'è un patrimonio, in particolare con riferimento ai cimbri, ma vorrei estendere anche ad altre realtà questa ragione di tutela, c'è un patrimonio plurisecolare da valorizzare.

Mi si dice che nel secolo scorso c'erano circa 20 mila persone, che parlavano cimbro, ma al di là dei numeri, perché diversamente rischieremo di cadere nella tutela proporzionale, che invece non è la strada da percorrere, qui c'è un patrimonio di tipo plurisecolare, quindi è una questione di rispetto, di cultura, di tradizioni, di lingua e di popolo, che tanto più volendo andare verso l'Europa dei popoli e delle nazioni, a mio avviso va fortemente tutelata.

Di fronte a questa proposta, si tratta di comunità che si sono autogestite da centinaia di anni, allora non è questione di numeri, ma è questione che attiene al senso

primo e al criterio fondante, che ha portato all'approvazione sia del primo nostro statuto di autonomia, sia del nuovo statuto di autonomia.

Da questo punto di vista quindi, per far vivere concretamente una comunità, anzi perché essa possa continuare ad operare sul proprio territorio, diversamente c'è il rischio che questa comunità si estingua del suo dissolvimento, ritengo che questo è un primo, doveroso passo, perché si arrivi concretamente a mettere in grado poi il legislatore nazionale, a portare in porto la legge di tipo costituzionale.

E' chiaro che non si tratta di chiedere particolari facilitazioni, si tratta di consentire che almeno il nucleo centrale di queste minoranze possa continuare a sopravvivere e questo richiede, per parte nostra, uno sforzo eccezionale.

Allora da questo punto di vista, al di là delle proclamazioni di principio, ecco perché dico che non deve restare questa proposta di legge soltanto sul versante dei principi, ci sarebbero già oggi, Presidente, alcune immediate misure concrete, che potrebbero attuarsi per dar voce a queste enunciazioni, che sono contenute nel disegno di legge. Mi riferisco, per quanto riguarda la provincia autonoma di Trento, al piano di sviluppo turistico, meglio definito come progetto di sviluppo integrato delle minoranze linguistiche, già approvato dalla Giunta provinciale precedente di Trento, nell'aprile del 1995 e che mi risulta tuttora essere in gran parte lettera morta, cioè sulla carta.

Si potrebbe anche pensare a valorizzare dal punto di vista delle cure termali da fieno, certe realtà locali, quello che importa dando chiaramente anche risposte a livelli di tipo occupazionale e anche uno stimolo a sensibilità turistiche, che andrebbero coltivate, quello che importa è che si muovano questi primi passi concreti, per far vedere che si crede realmente in questo tipo di tutela e non ci si limita a proclamarne la valorizzazione all'interno di un disegno di legge-voto, per quanto importante.

Ritengo che questo sia il primo passo e auspico che questo possa facilitare l'iter parlamentare, per la trasformazione di questo disegno di legge in legge costituzionale. Sappiamo che il cammino non sarà breve, non soltanto per il procedimento che richiede il disegno di legge costituzionale, cioè la doppia lettura, ma perché probabilmente qualcuno evidenzierà ed avanzerà delle riserve di tipo politico, che spero, ma temo di sbagliarmi, non abbiano collocazione, non abbiano accoglienza dentro questo tipo di proposta.

Concludo, sottolineando, per quanto riguarda il disegno di legge in discussione, che sarei dell'idea, salvo qualche ritocco che si rendesse necessario, di mantenere, proprio per le ragioni che ho detto, con riferimento a questo disegno di legge-voto, la originaria formulazione, per evitare che subisca alterazioni, che, a mio avviso, ne snaturerebbero non soltanto la forma, ma anche la sostanza. Grazie.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Der Text der Kommission wiederholt im Grunde das, was im Art. 15 steht. Wenn man den Art. 15 als solchen beläßt und nur auf das Trentino ausdehnt, hätte das den Vorteil, daß damit schon ein bestehender Artikel des Autonomiestatutes eben nur ausgedehnt wird. Denn zuerst nimmt er Bezug auf die Stärke der ladinischen und

deutschsprachigen Bevölkerung - also Proporz - und dann im Verhältnis zu ihren besonderen Erfordernissen. Genau das steht auch im Art. 15, wo es heißt: "...im direkten Verhältnis zur Stärke und mit Bezug auf das Ausmaß des Bedarfes. Berücksichtigt werden zudem die Bedürfnisse der ladinischen und deutschsprachigen Bevölkerung zum Zwecke einer fruchtbringenden Entwicklung..." Ich, wenn ich Deutschsprachiger im Fersental oder sonst wo wäre, würde diesen letzten Satz von Art. 15 vorziehen, wo es heißt "ausgenommen sind außerordentliche Fälle, die wegen besonderer Erfordernisse Sofortmaßnahmen erheischen". Soviel ich weiß, bräuchte es Sofortmaßnahmen. Der Art. 15 würde sich viel besser eignen, nicht nur dem Wortlaut nach, sondern weil er schon da ist und weil es mir darum geht, ihn auszudehnen und da hätte das Parlament höchstwahrscheinlich weniger Bedenken, etwas auszudehnen, was schon da ist, als eine neue Fassung zu geben.

Aber wenn das so weitergeht, wenn das, was ich vorschlage, weil ich die Sache seit eh und je kenne, mit so großer Mehrheit abgelehnt wird, dann werde ich daraus auch die Konsequenzen ziehen.

PRÄSIDENT: Der Abg. Willeit hat das Wort.

WILLEIT: Non avrei nemmeno preso la parola, se il collega Taverna non avesse sparato a sproposito nella direzione completamente sbagliata, qualificando la lingua ladina come un dialetto, ma non dicendo di quale lingua.

Comunque il collega Taverna, con queste sue osservazioni, è ritornato indietro nel tempo, le dico soltanto che la questione non esiste nemmeno, non esiste nemmeno la domanda sul piano scientifico e le dico anche che se la lingua ladina non è una lingua, nemmeno quella italiana, nemmeno quella francese, nemmeno quella portoghese, nemmeno quella spagnola, nemmeno quella rumena, tutte le lingue neolatine non esistono e tralascio ogni altro argomento, rinviando a chi ne sa molto di più di me ed ai libri che si trovano.

Vorrei aggiungere alcune osservazioni di carattere generale sulla proposta di legge, come abbiamo visto questa proposta è stata ultimamente integrata con le norme che costituiscono oggetto di una proposta di legge costituzionale, presentata in data 27.06.1996 dai deputati Brugger, Zeller, Detomas, Gaveri ed altri e riguardanti la rappresentanza delle minoranze, in particolare della minoranza ladina in seno ai Consigli provinciali ed in seno alla Giunta provinciale di Bolzano.

Ho firmato anche la proposta nuova, che stiamo trattando, non perché la ritengo la migliore, nè perché la ritengo sufficiente, ma perché ne condivido i principi ispiratori, ne condivido il contenuto in grandi linee, ma resto fermo sulla convinzione che per addivenire ad una parità giuridica e di fatto, occorre una riforma ben più ampia, una revisione dello statuto di autonomia, da farsi nelle forme e nei tempi più adatti.

Condivido in buona parte ciò che ha detto il collega Benedikter, circa la necessità di considerare la minoranza ladina o il gruppo linguistico ladino, alla pari di quello tedesco ed italiano, ma purtroppo nè la base formale, nè lo statuto, nè la pratica hanno portato il gruppo linguistico ladino alla pari degli altri gruppi.

Purtroppo l'attuazione dello statuto, l'attuazione dell'autonomia lo dimostra ancora più chiaro questo divario, per cui ritengo assai utile, oggi come oggi, rafforzare lo statuto, rafforzare almeno quelle poche disposizioni che costituiscono oggetto di questa iniziativa di modifica dello statuto. Ritengo assolutamente necessario distinguere le minoranze, distinguere le situazioni di diritto che le riguardano, di non mescolarle, perché altrimenti si mescolano situazioni di fatto assolutamente differenti; è per questo che ho chiesto al Presidente Peterlini di separare formalmente le disposizioni dei singoli articoli, a seconda delle minoranze che riguardano quella ladina e quella mochena e cimbra.

Personalmente, per quanto concerne alcuni emendamenti, ho già presentato alcuni subemendamenti per migliorare la situazione, che provvederò a spiegare in un secondo momento, in quanto all'art. 1 non ero contrario all'emendamento del cons. Benedikter, ma ritengo ancora una volta molto difficile accomunare posizioni di fatto differenti.

In provincia di Trento non abbiamo il rapporto dei gruppi linguistici, non abbiamo la regola proporzionale, che vuole suddividere i mezzi, che vuole suddividere il lavoro ed altre cose, a seconda della consistenza e del fabbisogno dei gruppi.

PRÄSIDENT: Der Abg. Fedel hat das Wort.

FEDEL: Molto brevemente, volevo ricordare al cons. Taverna che c'erano i poeti provenzali, lingua doc e lingua duil, che tradotto vuole dire "sì"; quindi le lingue neolatine hanno invece una propria consistenza e quindi lo ha anche il ladino, perché proprio di derivazione neolatina, proprio da poeti provenzali - chiudo poi l'argomento - lingua doc e lingua duil, che voleva dire "sì", acquisita poi come base dell'italiano da parte di Federico II° di Svevia e quindi il dire che il ladino non ha la dignità di lingua è una bestemmia.

PRÄSIDENT: Die Abg. Zendron hat das Wort.

ZENDRON: Presidente, molto brevemente per dire che il mio gruppo voterà a favore di questo art. 1, come è favorevole a tutta questa legge e lo dico brevemente, senza dilungarmi, perché credo sia nell'interesse di tutti che noi riusciamo nella giornata di oggi, al massimo quella di domani, a finire la trattazione di questa legge.

Vorrei dire che forse dei rallentamenti ci saranno sugli articoli successivi, proprio perché abbiamo visto che attraverso la produzione di una serie di emendamenti qui si cerca di usare questa occasione, che doveva essere riferita alla definizione di strumenti di tutela per le minoranze del Trentino, per portare invece un attacco a quelli che sono i principi su cui si fonda lo statuto di autonomia.

Credo sia sbagliato, lo voglio dire adesso per spiegare i miei interventi successivi sugli emendamenti che sono stati presentati all'ultimo momento, penso sia veramente sbagliato approfittare di una occasione di questo genere per mettere in

discussione delle altre cose e questo rallenterà la discussione della legge, credo che così non facciamo affatto un buon servizio alle minoranze del Trentino.

Oltre il fatto, Presidente, che vorrei dire che dopo tutte le dichiarazioni che si sentono fuori da quest'aula, tutti a favore delle minoranze, qui c'è un disinteresse, per tutta la mattinata il gruppo del SVP era assente e adesso è scarsamente rappresentato e mi sembra che bisognerebbe cercare di intensificare la presenza in quest'aula, considerata l'importanza dell'argomento.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Leitner.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Ich bin der Meinung, daß der Vorschlag des Abg. Benedikter sicherlich besser gewesen wäre. Aber wir haben jetzt die Alternative, dem vorgelegten Text zuzustimmen oder nichts zu haben, eine Verbesserung stellt er allemal dar. Ich tue mir insofern leichter dem gesamten Text zuzustimmen, weil wir ja auch als Abgeordnete alle einen Brief bekommen haben, mit dem wir inständig aufgefordert werden, diesem Begehrensgesetzentwurf zuzustimmen. Also insofern tue ich mir leichter, „Ja“ zu sagen, wenngleich ich noch einmal betonen möchte, daß Kollege Benedikter in seinen Ausführungen sicherlich recht hat. Mit dieser kleinen Korrektur, auch die Provinz Trient als gesamte hineinzutun, hätte man sich alle Wege offen gelassen für eine Ausgestaltung für die Zukunft. Nachdem dieser Antrag abgelehnt worden ist, haben wir nur zwei Möglichkeiten: Entweder „Nein“ zu sagen und das würde schwer fallen, weil alles beim alten bliebe, oder „Ja“ zu sagen, denn eine Verbesserung stellt der Begehrensgesetzentwurf sicherlich dar, wenn es auch nicht die beste Lösung ist, wie ich finde.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Leitner. Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Ich wollte nur sagen: ich habe mich vorhin geweigert, den Artikel anzunehmen, weil die Übertragung der Proporzbestimmung von Südtirol auf das Trentino zu Lasten der dort lebenden Minderheiten gegangen wäre, Abg. Leitner. Das wiederhole ich noch einmal. Es geht nicht, daß man den Proporz - auch Bedarf steht geschrieben, aber der Art. 15 ist hauptsächlich ein Proporzartikel - einfach auf das Trentino überträgt, weil dort die Minderheiten so klein sind, daß er zu ihren Lasten gegangen wäre, während jetzt stark betont wird, "zusätzlich deren Entwicklung und deren Fortschreiten usw", so daß also ein wesentlich ausgewogenerer Artikel für das Trentino herrscht.

Abg. Zendron, ich habe übrigens im Sinne dessen, was in der Generaldebatte aufgeworfen worden ist, versucht, vor allem mit den Abg. Benedikter und Willeit zu verhandeln und jetzt ist eben das herausgekommen, eine Ausweitung der Ladinerartikel. Ich kann nicht allen recht tun.

Wir stimmen über den Art. 1 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 1. Wer enthält sich der Stimme? 5.

Bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen ist der Art. 1 genehmigt.

Es ist pünktlich 13.00 Uhr. Wir sehen uns um 15.00 Uhr wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 13.00)

(ore 15.08)

Vorsitz des Präsidenten Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir setzen die Arbeiten fort.
Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir kommen zum Abänderungsantrag - Art. 1/bis, - eingebracht von den Abgeordneten Peterlini, Willeit und Grandi:

Art. 1/bis

L'articolo 30 del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, è sostituito dal seguente:

“Art. 30

Il Consiglio regionale elegge nel suo seno il Presidente, due Vicepresidenti ed i Segretari.

Il Presidente ed i Vicepresidenti durano in carica due anni e mezzo.

Nei primi trenta mesi del funzionamento del Consiglio regionale il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua italiana o ladina. Per il successivo periodo il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua tedesca o ladina. I Vicepresidenti sono eletti tra i Consiglieri appartenenti a gruppi diversi.

In caso di dimissioni, di morte o di cessazione dalla carica per altra causa del Presidente o dei Vicepresidenti del Consiglio regionale, il Consiglio provvede alla elezione del nuovo Presidente o dei nuovi Vicepresidenti secondo le modalità previste dal precedente comma. La nomina deve avvenire nella prima seduta successiva ed è valida fino alla scadenza del periodo di due anni e mezzo in corso.

I Vicepresidenti coadiuvano il Presidente e lo sostituiscono in caso di assenza o di impedimento.”.

Art. 1\bis

1. Der Artikel 30 des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze betreffend das Sonderstatut für Trentino-Südtirol, genehmigt mit DPR vom 31. August 1972, Nr. 670 wird wie folgt ersetzt:

„Art. 30

Der Regionalrat wählt aus seiner Mitte den Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und die Sekretäre.

In den ersten dreißig Monaten der Tätigkeit des Regionalrates wird der Präsident aus den Abgeordneten der italienischen oder ladinischen Sprachgruppe gewählt; für den zweiten Zeitabschnitt wird der Präsident aus den Abgeordneten der deutschen oder ladinischen Sprachgruppe gewählt.

Scheidet der Präsident oder die Vizepräsidenten des Regionalrats wegen Rücktritts, wegen Ablebens oder aus einem anderen Grunde aus dem Amt aus, so schreitet der Regionalrat zur Wahl des neuen Präsidenten oder der neuen Vizepräsidenten entsprechend den im vorstehenden Absatz vorgesehenen Modalitäten. Die Ernennung muß in der ersten darauffolgenden Sitzung erfolgen und gilt bis zum Ablauf der laufenden zweieinhalb Jahre.

Die Vizepräsidenten unterstützen den Präsidenten und vertreten ihn bei Abwesenheit oder Verhinderung.“

PRÄSIDENT: Nur kurz zur Erläuterung. Praktisch geht es in diesem Abänderungsantrag darum, die Ladiner, die bisher durch die Rotation zwischen deutscher und italienischer Vizepräsidentschaft ausgeschlossen waren, zuzulassen und damit eine Ungleichheit auszumerzen, die das Autonomiestatut zwar gut gemeint, aber schlecht getroffen, bei seiner Konzipierung geschaffen hat. Also wenn der Präsident die Hälfte der Legislaturperiode ein Italiener sein muß und die andere Hälfte ein Deutscher, dann fallen die Ladiner damit unter den Tisch. Jetzt könnten sie theoretisch bei beiden Fällen zum Zuge kommen. Die Vizepräsidenten idem, da würde ein Posten mehr geschaffen, zwei Vizepräsidenten, was übrigens dienlich ist, weil Sie sehen selber wie das geht, wenn man alleine ist. (Ich habe mich heute vormittag schon entschuldigt, daß ich vom Präsidiumstisch aus das Gesetz vertreten muß, aber vielleicht kommt später der Vizepräsident). Also das Vizepräsidentenamt würde um einen Vizepräsidenten erweitert und diese Vizepräsidenten würden drei verschiedenen Sprachgruppen angehören. Das soweit zum Abänderungsantrag, wie er vereinbart worden ist.

Jetzt liegt ein anderer Abänderungsantrag der Abg. Willeit, Zendron und Kury vor, den ich jetzt verlesen.

I commi 2 e 3 dell'art. 30 del TU delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale del Trentino-Alto Adige, approvato con DPR 31 agosto 1972, n. 670 emendato, sono sostituiti dal seguente:

"I Vicepresidenti sono eletti tra i consiglieri appartenenti a gruppi diversi di quello del Presidente. Il Presidente ed i due Vicepresidenti si alternano nella carica di presidente per venti mesi ciascuno, seguendo l'ordine di appartenenza ai gruppi

linguistici italiano, tedesco e ladino, e nella carica di vicepresidente per quaranta mesi ciascuno."

Die Absätze 2 und 3 des abgeänderten Art. 30 des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze betreffend das Sonderstatut für Trentino-Südtirol, genehmigt mit D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670 werden durch die nachstehenden Absätze ersetzt:

"Die Vizepräsidenten werden aus den Abgeordneten gewählt, die einer anderen Sprachgruppe angehören als der Präsident. Der Präsident und die beiden Vizepräsidenten wechseln sich als Präsidenten für die Dauer von je zwanzig Monaten ab, wobei die Reihenfolge der Zugehörigkeit zur italienischen, deutschen oder ladinischen Sprachgruppe beachtet wird. Die Vizepräsidenten wechseln sich für die Dauer von je vierzig Monaten ab."

PRÄSIDENT: Zur Erläuterung hat der Abg. Willeit das Wort.

WILLEIT: Grazie signor Presidente. L'emendamento nella forma originale corrisponde pienamente al testo della proposta di legge costituzionale Brugger, Zeller, Detomas ed altri. Questo testo prevede l'introduzione di tre vicepresidenti, che si alternano nella carica a Vicepresidente del Consiglio regionale, ma lascia invariata sostanzialmente la suddivisione della Presidenza fra i gruppi linguistici italiano e tedesco e per metà del periodo due anni e mezzo, con l'obbligo ovviamente di provvedere ad una elezione nuova a metà legislatura.

Trattasi indubbiamente di un passo avanti per quanto concerne l'ammissione del gruppo linguistico ladino alla carica della Presidenza, ma trattasi di un'ammissione puramente teorica, di una possibilità e non di un diritto, in quanto si dice che anche un ladino può essere ammesso a questa carica in sostituzione dell'italiano e del tedesco, ma ciò, comprendete bene, non costituisce alcun diritto, non costituisce una parificazione del ladino agli altri.

Questa possibilità di coprire la carica in sostituzione dell'uno e dell'altro, cioè nel caso limite addirittura per l'intera legislatura da parte di un ladino, non vale affatto il diritto di rivestire la carica.

La proposta dell'emendamento mio dunque tende a introdurre l'uguaglianza di diritto fra i gruppi linguistici, prevedendo una Presidenza a rotazione per 20 mesi ciascuno e quale differenza c'è mai fra 30 mesi o 20 mesi, nessuna, caso mai c'è un servizio più efficiente, caso mai c'è sempre un presidente o un Vicepresidente a disposizione, ma è ristabilita l'uguaglianza giuridica, l'uguaglianza fra i gruppi linguistici; in più la proposta di subemendamento ha il vantaggio che si vota una sola volta, all'inizio della legislatura, il Presidente ed il Vicepresidente, si vota una sola volta, subentrando automaticamente l'altro Presidente o Vicepresidente al momento della scadenza temporale.

Ritengo indubbiamente il subemendamento una migliore soluzione che non l'emendamento stesso, per cui vi chiedo l'approvazione.

PRÄSIDENT: Die Abg. Zendron hat das Wort.

ZENDRON: Presidente, avendo firmato questo emendamento, di cui il primo firmatario è il cons. Willeit, è evidente che parlo per sostenerne l'appoggio e devo dire che intervengo per convincere i consiglieri della assoluta necessità di questo emendamento correttivo rispetto all'emendamento di cui è primo firmatario il Presidente Peterlini.

Questo perché condivido ovviamente l'idea da cui è nato e che è stata esposta anche dallo stesso Peterlini, di non escludere i ladini dalla possibilità di rivestire le maggiori cariche istituzionali, però c'è una differenza sostanziale tra la formulazione dell'emendamento e la formulazione del subemendamento.

Ora noi sappiamo che lo statuto di autonomia costituisce un sistema in cui ci sono delle garanzie istituzionali molto precise, di alternanza dei gruppi, di compresenza dei gruppi e di condivisione delle cariche istituzionali tra i vari gruppi linguistici e ci sono delle parti che invece giustamente sono lasciate alle libertà politiche da esercitarsi nell'ambito della politica rappresentativa, cioè nell'ambito del Parlamento.

Anche nel nostro consiglio noi abbiamo l'alternarsi alla Presidenza del Consiglio e di rappresentanti di vari gruppi linguistici e anche una proporzionale all'interno nella composizione degli organi. E' giusto che, mentre una volta questa alternanza veniva fra i due gruppi linguistici maggiori, senza tenere conto del gruppo linguistico più piccolo, che è rappresentato dai ladini, è giusto che adesso anche i ladini siano coinvolti.

Quindi mi sembra molto corretta l'estensione, attraverso una suddivisione paritaria della possibilità di rivestire la carica di Presidente e nel frattempo appunto dell'esistenza di due Vicepresidenze.

Perché invece la proposta del Presidente Peterlini è profondamente sbagliata e lesiva del sistema autonomistico e dello statuto di autonomia? E perché mi meraviglia grandemente che l'abbia firmata anche il Presidente Grandi, almeno da lui ci si aspetterebbe un maggiore equilibrio. Mi meraviglio che lei Presidente abbia firmato questo emendamento, perché questo toglie la garanzia di alternanza ai gruppi linguistici all'interno delle cariche istituzionali, laddove la garanzia non è più stabilita, ma viene lasciata alla scelta politica delle forze di maggioranza, è chiaro che la garanzia non esiste più.

Quindi attraverso questo emendamento, nella formulazione originaria, se non viene approvato il subemendamento, di cui il primo firmatario è il cons. Willeit, si dà un colpo mortale, anche se poi non credo mai che si arrivi in Parlamento ad approvare una cosa simile, è addirittura mostruoso che noi facciamo una cosa del genere, si viene a ledere uno dei principi fondamentali che compongono lo statuto di autonomia e cioè la garanzia dell'alternanza dei gruppi linguistici alla Presidenza del Consiglio.

Per assurdo, con una maggioranza di un certo tipo, può sempre avvenire la scelta tra un gruppo e l'altro e questo è inammissibile, è sbalorditivo che si possa presentare una cosa del genere, è una legge-voto è vero, va a Roma e poi chissà cosa ne

fanno, però noi dovremo essere più responsabili, il Consiglio regionale dovrebbe avere più rispetto per quello che è lo statuto costitutivo, la base su cui lavora, che è per l'appunto una mescolanza di garanzie non contrattabili, non da fare oggetto di contrattazione delle minoranze che si formano di volta in volta nei consigli e neanche degli spostamenti eventualmente di popolazione, ma dovrebbe rimanere di per sé come garanzia assoluta.

Il resto, la parte della politica, fa parte di un altro ambito e mescolare queste due cose, indebolire la garanzia fondamentale su cui si basa lo statuto di autonomia, è a dire poco irresponsabile.

Quindi credo ci siano dei motivi molto seri e mi dispiace moltissimo della vergognosa distrazione con cui questo Consiglio regionale affronta questioni di questo genere, è indecente che ci sia un'attenzione così totale nella trattazione di questa legge, che è diventata una scusa, invece di occuparsi delle minoranze trentine che era l'oggetto, noi qui stiamo subendo il tentativo di modifica dell'assetto costituzionale, su cui si fonda l'esistenza di questo Consiglio, nell'indifferenza generale, perché è da stamattina che parliamo, l'aula era ancora più vuota che adesso, però anche se piena ognuno si fa gli affari suoi, non mi sembra che abbiamo migliorato la situazione.

Cerco ancora di richiamare la vostra attenzione su quello che si sta facendo. Vi invito caldamente ad approvare l'emendamento del cons. Willeit, perché è una maniera di correggere, intanto anche quella di corrispondere a quella che è l'effettiva esigenza di rappresentanza del gruppo ladino, ma rispondere a questa esigenza, senza ledere il principio fondamentale su cui si basa lo statuto.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort?

Bitte, Abg. Klotz.

KLOTZ: Ich nehme an, daß man diesen Änderungsantrag gut durchdacht hat. Aber ich frage mich, ob es sinnvoll ist, wenn, angenommen daß morgen ein Ladinervertreter für Südtirol und einer für das Trentino im Regionalrat ist, ein Ladiner Präsident sein muß. Wir haben in der Geschäftsordnungskommission und auch im Rahmen der Diskussion der Gesetzgebungskommissionen immer wieder darauf gepocht, daß der Ladiner das Recht haben soll, in den Kommissionen vertreten zu sein. Also das ist meine Überzeugung. Er muß das Recht haben, vertreten zu sein. Aber hier wird es eigentlich ein Zwang. Ich frage mich, ob das wirklich sinnvoll ist. Er ist dann morgen als Präsident vertreten, er wird wahrscheinlich in der Gesetzgebungskommission mitarbeiten wollen, vielleicht auch in der Geschäftsordnungskommission. Ist das sinnvoll? Diese Verpflichtung?

Mir kommt vor, daß es vielleicht nicht unbedingt das Optimum ist. Aber man hat sich da sicher Gedanken gemacht. Vielleicht sagt uns Kollege Willeit, ob er das wirklich für so gut hält.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Ja, eine weitere Frage. Wenn der ursprüngliche Art. 1\bis, wie er vom Abg. Peterlini eingereicht worden ist, genehmigt würde, dann heißt es: "in den ersten dreißig Monaten ein Italiener oder ein Ladiner Präsident, in den zweiten dreißig Monaten auch wieder ein Deutscher oder ein Ladiner." Also ein Ladiner könnte nach dieser Bestimmung zweimal dreißig Monate Präsident sein, weil ein Ladiner immer gewählt werden kann. Ein Italiener und ein Deutscher kann nur dreißig Monate gewählt werden und der Ladiner kann nach dem Buchstaben zweimal dreißig Monate gewählt werden. Das müßte wenn schon anders ausgedrückt werden. Entweder wird er einmal für dreißig Monate gewählt und dann kann er nicht das zweite Mal noch einmal für dreißig Monate gewählt werden, aber nicht so wie es da heißt, nämlich beide Male für dreißig Monate.

Insofern ist der Antrag auf Abänderung des Änderungsantrages zum Art. 1\bis in dem Sinn logischer, daß man sagt: 20 plus 20 plus 20, aber immer einer von einer anderen Sprachgruppe. Hier müßte der ursprüngliche Änderungsantrag präzisiert werden, daß nicht in beiden Hälften auch ein Ladiner gewählt werden kann, damit man überhaupt zwischen dem einem oder dem anderen wählen soll können.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Abg. Klotz.

KLOTZ: Nur eine Frage. Nach diesem Abänderungsantrag vom Abg. Willeit, wonach die Absätze 2 und 3 ersetzt werden sollen, bliebe der Absatz 1, der also für mich heißt: "Der Regionalrat wählt aus seiner Mitte den Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und die Sekretäre.". Gehört dann der restliche Text "In den ersten dreißig Monaten..." dazu? Nicht mehr. Danke, ist geklärt.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Abg. Willeit das Wort zur Replik gebe, wollte ich nur sagen, daß sich dieser Abänderungsantrag damit auszeichnet, daß da die Alternanz zwischen einem Deutschen, Ladiner und Italiener mit gleicher Zeitdauer zum Zwang erhoben wird. Während mit dem Abänderungsantrag, der dann zur Diskussion kommt, die Möglichkeit eröffnet wird und damit die Ungerechtigkeit beseitigt wird, daß ein Ladiner nicht zum Zuge kommen kann.

Bitte, Abg. Atz.

ATZ: Danke, Herr Präsident! Ich möchte einmal grundsätzlich etwas aufwerfen. Da ist der Kollege Willeit, der auf drei Hochzeiten tanzt und mit dem bin ich einfach nicht ganz einverstanden. Er hat versucht, über die Südtiroler Volkspartei Abänderungsanträge einzubringen und das ist auch gut so und wir haben uns gerne zur Verfügung gestellt, und es gibt ja einen schönen Stoß Papier, unterschrieben von den Kollegen Peterlini und Willeit, darin heißt es z.B. auch beim Vizepräsidenten: ...und es kann aus der italienischen und ladinischen Sprachgruppe der Präsident ausgewählt werden und dann wird aus der deutschen und ladinischen der Vizepräsident ausgewählt usw., also diese Kann-Bestimmung. Aber dann ist ihm das alles zu wenig, dann geht er sich mit Kollegen aus der Opposition weitere Abänderungsanträge formulieren und das

finde ich politisch einfach nicht korrekt. Auf das lassen Sie mich einmal hingewiesen haben.

Zum zweiten, zu diesem Punkt bin ich mit dem einverstanden, was die Kollegin Klotz gesagt hat. Eines ist, wenn die Kann-Bestimmung drinnen ist, dann wird der jeweilige Präsident entscheiden, zu welchem Präsidenten und zu welchem Vizepräsidenten sie mehr Vertrauen haben werden in Zukunft und sie werden sich den jeweiligen Präsidenten und Vizepräsidenten aussuchen. Aber daß wir jetzt Muß-Bestimmungen eintragen, dazu können Sie mit uns nicht rechnen. Deshalb sage ich Ihnen sofort, daß die SVP gegen diesen Antrag stimmen wird.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Benedikter, zum zweiten Mal.

BENEDIKTER: Präsident Peterlini hat auf meinen Einwand nicht geantwortet. Höchstwahrscheinlich weil er mir überhaupt nicht antwortet. Ich habe eben bemerkt, daß es der ursprüngliche Änderungsantrag offen läßt, ob in der ersten Hälfte ein Italiener oder ein Ladin, in der zweiten Hälfte ein Deutscher oder Ladin gewählt wird, d.h. es könnte die Mehrheit aus irgendeinem Grund beide Male einen Ladin wählen, was auch theoretisch nicht vorgesehen sein dürfte, sondern wenn schon wechseln sie alle 20 Monate ab. Insofern kommt mir der zweite Vorschlag logischer vor. Aber es könnte auch der erste annehmbar sein, nur muß hier geklärt werden, daß nicht zweimal in allen beiden Hälften ein Ladin gewählt werden kann. Wenn man dann der Ansicht ist, daß es zu keiner Ladinwahl kommt, weil ein Italiener sicher einmal gewählt wird, ein Deutscher auch, und wenn ich nur zwei Perioden habe, dann bleibt keine Periode für einen Ladin offen, also muß ich doch wieder, wenn ich einen Ladin zum Präsidentenstuhl gelangen lassen möchte, drei Perioden einführen. Aber nicht so, wo offen bleibt, daß in beiden Hälften ein Ladin gewählt werden kann, was so sicher nicht richtig ist.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Zendron, zum zweiten Mal.

ZENDRON: Brevemente Presidente, per dire che la motivazione portata dal cons. Atz è assolutamente senza fondamento giuridico perchè laddove si parla di garanzie costituzionali, esattamente non si può mettere una cosa in cui si può fare così, proprio perché è una garanzia, deve essere precisa.

Guardate che su questo sistema dell'alternanza alla Presidenza è uno dei fondamenti dello Statuto, su cui si è discusso, questa è la caratteristica della soluzione del nostro statuto di autonomia, che vede le istituzioni essere regolamentate con una presenza cadenzata e invece la politica lasciata alla formazione delle maggioranze.

Questa poi è una cosa che è stata decisa, votata due terzi, costituzionale, con 20 anni di battaglie ed anche molti morti prima di arrivare alla soluzione, adesso noi in questa distrazione, con queste motivazioni incredibili addirittura, diamo in mano alla politica, cioè alle maggioranze che di volta in volta si formano in quest'aula, la

possibilità di decidere se effettivamente alla Presidenza del Consiglio c'è un'alternanza oppure no.

Ancora richiamo l'attenzione dell'aula su questa cosa, che mi sembra gravissima, non possiamo accettare la formulazione fatta nell'emendamento di Peterlini, è veramente una cosa abnorme, cambia totalmente la base dello Statuto.

Chiederei quasi a Peterlini, spero che di questo si renda anche conto e che sia uno dei sostenitori, di ritirare il suo emendamento e di dire che voterà a favore dell'emendamento di Willeit, che corregge questa stortura impossibile. Ci rendiamo anche ridicoli davanti ai parlamentari italiani, ai quali inviamo una cosa a loro incomprensibile, perché non ha senso abolire una delle cose fondamentali.

Non mi agito più di tanto perché lo butteranno via, però non credo possibile che una regolamentazione del genere possa avere alcun seguito, per cui è assurdo che noi l'approviamo adesso.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Sull'emendamento ha chiesto di intervenire il Presidente Peterlini, ne ha la facoltà.

PETERLINI: Danke, Herr Präsident, nur, um das noch einmal auszuführen, weil mir da scheint, daß die Kollegin Zendron eine von ihr beklagte Unaufmerksamkeit ausnützt, um mit groben Vorwürfen aufzuwarten, die einfach nicht stimmen. Ich möchte Sie wirklich ersuchen zu beweisen, worin der "grande attacco all'autonomia e alle istituzioni usw." in einem Abänderungsantrag erfolgt, der - übrigens abgestimmt mit dem Ladiner - die Möglichkeit für die Ladiner aufmacht, den Zutritt zur Präsidentschaft und zur Vizepräsidentschaft im Regionalrat und im Landtag von Bozen und Trient zu erhalten.

Es wird die Möglichkeit geschaffen, Sie machen es zum Zwang. Die Parität, die der Gesetzgeber im Autonomiestatut vorgesehen hat, die jetzt gültig ist, ist eine halbe Periode ein Deutscher und eine halbe Periode ein Italiener und die Ladiner könnten, wenn sie einen guten Kandidaten haben, zu diesen Ämtern zugelassen werden. Das Autonomiestatut wird dahingehend geändert, daß man sagt, auch ein Ladiner könnte es sein. Bei der Vizepräsidentschaft wird es ausgeweitet, damit auf jeden Fall zwei Posten geschaffen werden und somit alle drei Sprachgruppen im Präsidium vertreten sind, beim Präsidenten wird die Möglichkeit eingeräumt. Ich sehe nicht ein, warum es zu einer Pflicht gemacht werden muß. Der Regionalrat und der Landtag können frei sein zu sagen: für diese Hälfte wähle ich mir einen Ladiner, für diese Hälfte wähle ich mir einen Deutschen oder einen Italiener. Ich möchte wissen, was da undemokratisch gegen das Autonomiestatut ist und was immer auch sei, wenn man dem Regionalrat diese Möglichkeit läßt. Sie wollen es mit Ihrem Abänderungsantrag vorschreiben.

Für die Ladiner ist es vielleicht ganz schön, daß man sagt, mindestens ein Drittel führt der Ladiner den Vorsitz, aber andererseits muß man auch, wenn man den

Kräfteverhältnissen und den Zahlen der Bevölkerung Rechnung trägt, - 4 Prozent Ladin in der Bevölkerung - sagen, daß es leicht überzogen ist, wenn man vorschreiben, daß es ein Drittel sein muß. Aber der Regionalrat hat jedenfalls die Möglichkeit, einen Ladin zu wählen. Wie der Kollege Benedikter aufgeworfen hat, könnte man sogar einen Ladin praktisch alle fünf Jahre wählen, wenn man es nicht präzisiert. Von mir aus könnte man auch zustimmen, wenn man sagt, jedenfalls soll die Alternanz gewahrt werden, aber diese Initiative übernehme ich nicht. Von mir aus kann ein Ladin ruhig fünf Jahre Präsident sein. Aber daraus Vorwürfe abzuleiten, das wäre jetzt antiautonomistisch, undemokratisch, senza senso usw., das geht zu weit.

Ich würde Sie bitte gleichzeitig an die Parlamentarier aus Südtirol verweisen, weil dieser Abänderungsantrag genau dem Text entspricht, der von den Kollegen Abgeordneten Brugger und Zeller im Parlament bereits vorliegt und Verhandlungsgegenstand ist. Was ich tun wollte - und deshalb haben wir es im Einklang mit der Volkspartei auch so gemacht - war, daß wir den Text, den wir jetzt ergänzend auf Wunsch für die Ladin eingeführt haben, so lassen, wie er von den Parlamentariern vorgelegt worden ist, damit wir, wenn wir morgen das Ganze in Rom vertreten, nicht nur die Rückendeckung der Parlamentariern haben, sondern auch einen gleichen Text vorlegen, weil es wirklich nicht viel Sinn hätte, daß wir in Rom einmal mit dem Regionalrat mit einem Text aufwarten zum gleichen Thema und zum anderen mit einem Text der Parlamentarier.

Diese Deckungsgleichheit beschränkt sich natürlicherweise auf die Artikel für den Vorsitz im Regionalrat und im Landtag und für die Mitgliedschaft in der Landesregierung. Der ganze Aufbau und die Stoßrichtung des Gesetzes gehen zugunsten der Fersentaler, Luserner und der Fassaladiner und - so hat man mir seitens der Südtiroler Parlamentarier versprochen - kann auch mit anderen, die sich dafür gewinnen lassen, in Rom unterstützt werden. Dann haben wir eine einheitliche Stoßrichtung.

Deshalb würde ich auch bitten, daß man diesen Abänderungsantrag der Abg. Willeit, Zendron und Kury ablehnt und daß man beim Text bleibt, den der Ausschuß mit mir und dem Kollegen Willeit vorgelegt hat.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Ianieri, ne ha la facoltà.

IANIERI: Grazie, signor Presidente. Colleghe e colleghi, ho seguito la discussione in atto in merito a questo art. 1/bis e al rispettivo subemendamento. Personalmente devo dire che sarei disposto sicuramente ad appoggiare il subemendamento all'art. 1/bis, ma non certamente l'art. 1/bis, nella parte come è stato proposto, ai fini della elezione del Presidente della Regione. Perché per assurdo, ma quando si dice per assurdo le cose potrebbero anche verificarsi, il gruppo linguistico italiano potrebbe correre il rischio di non avere mai il Presidente, perché se andiamo a leggere esattamente come è riportato qui l'emendamento: "Nei primi tre mesi del funzionamento del Consiglio regionale il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua italiana o ladina. Per il successivo periodo il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua tedesca o ladina."

Sto facendo un discorso in senso generale, dicendo che sicuramente non sono d'accordo nella formulazione dell'emendamento all'art. 1/bis., potrei concordare sul subemendamento all'art. 1/bis. Pertanto sicuramente quando si tratterà di votare l'art. 1/bis voterò contro, perché questo, attualmente così come è formulato, è contro la certezza di poter avere a Presidente della Giunta regionale un componente del gruppo linguistico italiano.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? La parola al cons. Willeit.

WILLEIT: Grazie. Prendo brevemente la parola per rispondere a qualche domanda. Il collega Atz mi ha rimproverato il comportamento, non posso che rispondergli che è più che normale ed è più che giusto e viene ripetutamente fatto da lui stesso, viene presentata una proposta in Consiglio ed in Consiglio vengono presentati altri emendamenti e non pochi, per cui non deve parlare di comportamento non corretto, avendo io sottoscritto sia la proposta originale, sia quella del mio emendamento.

Ritengo valida la prima, ma ritengo molto più valido l'emendamento presentato dal sottoscritto, assieme ad altri, in quanto alla capacità di esercitare questo diritto, sollevato dalla collega Klotz, direi che l'impossibilità materiale comporta l'esclusione, non comporta l'obbligo di esercitare questo diritto, se veramente ci fosse questa incompatibilità o questa impossibilità un domani, però ritengo che se si addiuviene alla modifica dello statuto, nel senso voluto da questa proposta, in Consiglio regionale sederanno indubbiamente almeno due rappresentanti della minoranza ladina, per cui la possibilità è data.

PRESIDENTE: Collega Benedikter, non le posso concedere la parola, perché sull'emendamento è già intervenuto due volte.

Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto sull'emendamento Willeit, Zendron e Kury, il prot. n. 8204. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

Votanti	53
schede favorevoli	15
schede contrarie	34
schede bianche	4

Il Consiglio non approva.

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento art. 1/bis? La parola al cons. Ianieri.

IANIERI: Grazie Presidente. Riprendo l'intervento precedente, visto che prima si parlava del subemendamento all'emendamento dell'art. 1/bis, per ribadire quello che avevo anticipato. Oggi come oggi l'art. 30 recita :

“Il Consiglio regionale elegge nel suo seno il Presidente, due Vicepresidenti ed i Segretari.

Il Presidente ed i Vicepresidenti durano in carica due anni e mezzo.

Nei primi trenta mesi del funzionamento del Consiglio regionale il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua italiana o ladina. Per il successivo periodo il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua tedesca o ladina. I Vicepresidenti sono eletti tra i Consiglieri appartenenti a gruppi diversi.”

L'articolo 1/bis che viene presentato a questo disegno di legge mi va a modificare l'attuale art. 30 e mi introduce un qualche cosa che certamente non può essere sottaciuto. Qui c'è il rischio in effetti che il gruppo linguistico italiano potrebbe non avere il Presidente della Regione, nemmeno per due anni e mezzo, così come previsto attualmente nell'art. 30, perché, se si dice nei primi 3 mesi del funzionamento del Consiglio regionale, il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua italiana o ladina e successivamente per il secondo periodo tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua tedesca o ladina, qui abbiamo che i ladini hanno praticamente tre possibilità, il gruppo italiano potrebbe addirittura non averne nessuna, così come per assurdo potrebbe capitare anche al gruppo tedesco.

Pertanto sono nettamente contrario a questo art. 1/bis e voterò contro.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benediker, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Der Abg. Ianieri hat von einem Risiko für die Italiener gesprochen. Aber eigentlich hat der Regionalrat als solcher eine große italienische Mehrheit. Also das Risiko für die Italiener nach menschlichem Ermessen sollte überhaupt nicht bestehen, wenn schon ein Risiko für die Deutschen, daß die Italiener es vorziehen, einen Präsidenten für die erste Hälfte und dann für die zweite Hälfte einen Ladiner zu wählen, wenn auch die Deutschen einverstanden wären, daß entweder ein Ladiner oder ein Deutscher gewählt werden kann.

In Rom werden sie sagen: ihr wollt unbedingt, daß auch ein Ladiner als Präsident gewählt wird und sie werden fragen, wieviel Ladiner da sind und da hat vorhin der Abg. Willeit gesagt, daß es zwei sein werden, wenn es gut geht, einer aus dem Trentino und einer aus Südtirol. Also auf 70 zwei und da soll einer von denen unbedingt das Recht haben, eine ganze Hälfte Regionalratspräsident zu sein, weil das andere ist ja gefallen. Dann wird es heißen: das ist doch etwas übertrieben. Auch da gilt der Vernunft nach ein logisches Verhältnis. Daß ein Ladiner Vizepräsident sein muß, das geht in Ordnung, aber nicht unbedingt Präsident. Aber das, was da abgestimmt werden soll - und ich habe keinen Abänderungsantrag eingebracht -, ist nicht richtig, denn die Mehrheit des Regionalrates sind Italiener und es könnte gesagt werden: jetzt machen wir

einen Italiener zum Präsidenten und dann machen wir in den zweiten dreißig Monaten einen Ladiner, sodaß die Deutschen untergehen, was dann nicht richtig ist, weil die haben immerhin so wie heute 24 Abgeordnete und dann hätten sie schon Recht auf den Präsidentenstuhl, nachdem sie es bisher gehabt haben und nicht der Ladiner, der insgesamt nur zwei Mitglieder im Regionalrat hat. Das kann sich aus diesem Text ergeben.

Ich nehme an, ein Italiener wird jedenfalls von der großen Mehrheit gewählt und dann kann entweder ein deutscher oder ein Ladiner gewählt werden und die italienischen Mehrheit kann einen Ladiner wählen, was meiner Ansicht nach nicht richtig ist. Es gehört wenn schon eine andere Fassung, in der man sagt: wenn ein Ladiner schon Präsident werden soll, dann machen wir eben drei Perioden oder zwei längere und eine kürzere. Aber jedenfalls nicht so, daß einfach ein Ladiner anstelle eines Deutschen gewählt werden kann. Auch nicht theoretisch, denn wir gehen davon aus, daß Grundsätze in einem Verfassungsgesetz verankert werden und wir können nicht sagen, daß das ja eh nicht dazukommt. Grundsätzlich kann es dazukommen.

Deshalb stimme ich so dagegen und ersuche auch um die Geheimabstimmung.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Noi voteremo contro questo emendamento, ne abbiamo già spiegato le ragioni, non voglio dilungarmi, ho già avuto modo di dire che mentre condividiamo la necessità di allargare le garanzie di presenza negli organismi istituzionali dei rappresentanti del gruppo linguistico ladino, troviamo gravissimo che si utilizzi una legge sulle minoranze per mettere in discussione i principi fondamentali dello statuto di autonomia. Ci dispiace però dovere avere fiducia in questo, quando sarà il Parlamento a Roma ad evitare che si annienti in una maniera così semplice, con un voto a maggioranza semplice, quelle che sono le garanzie dello statuto.

Abbiamo avuto la possibilità di sentire, proprio adesso, con gli interventi dei colleghi Ianieri e Benedikter, proprio questo, cioè le preoccupazioni simmetriche di Ianieri e di Benedikter, ognuna per il possibile accesso del proprio gruppo linguistico alla Presidenza, nel momento in cui questa previsione dell'alternanza non sia più una garanzia precisa, ma che diventi appunto un oggetto di contrattazione o di decisione addirittura della maggioranza politica, che di volta in volta si viene a formare all'interno del Consiglio regionale.

E' proprio triste che si debba discutere a questo livello e senza la coscienza della gravità, della decisione che viene presa in questo momento, anche se formale, anche se non con un'immediata conseguenza pratica, però la decisione del Consiglio di far diventare una pura possibilità di scelta politica, quello che è una garanzia precisa, è sicuramente un passo indietro enorme, rispetto alla costituzione e allo statuto di autonomia, che regola attualmente la convivenza.

Perciò vi invito a votare contro questa proposta di inserimento di art. 1/bis, che fra il resto centra relativamente e che comunque in una formulazione del genere dà

meno garanzie di quelle che sono necessarie al gruppo ladino e toglie garanzie agli altri gruppi. Credo che questo introduca un fattore di incertezza ulteriore nella convivenza.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il Presidente Peterlini, ne ha la facoltà.

PETERLINI: Danke, Herr Präsident! Nur um festzustellen, daß hier eine große Innovation eingeführt wird zugunsten der Ladiner. Wir haben mit dem ursprünglichen Gesetzentwurf eine Zielrichtung verfolgt, die heißt, daß die Deutschen im Trentino, die Fersentaler und Luserner und Ladiner des Fassatales aufgewertet werden sollen. Wir haben jetzt die Gelegenheit wahrgenommen und möchten gleichzeitig auch jene Bestimmungen im Autonomiestatut ausmerzen, die die Ladiner auch im Südtiroler Landtag und im Regionalrat insgesamt benachteiligt haben, und zwar von jenen Stellen ausgeschlossen haben, die für sie nicht zugänglich waren, ausdrücklich der Präsident des Regionalrates, der per Statut und damit per Verfassungsgesetz in einer Hälfte einem Italiener und in der anderen Hälfte einem Deutschen zusteht und damit für die Ladiner zu war.

Die Bestimmung sieht jetzt vor, daß sich der Ladiner in jeder Hälfte dieser Periode bewerben kann und damit gleichberechtigt mit den anderen Sprachgruppen zum Zuge kommt. Das war das Gegenargument, und der Abänderungsantrag, der abgelehnt worden ist, hat geheißen: wir müßten ihnen eine Quote reservieren. Die Quote soll der Regionalrat und der Landtag festlegen, diese sind frei, zu wählen und das antworte ich auch den Kollegen Benedikter und Ianieri, die gesagt haben, daß damit möglicherweise die Gefahr besteht, daß der Ladiner fünf Jahre lang Präsident ist. Wir hatten auch einmal einen Ladiner als Präsidenten des Landesausschusses, den Dr. Pupp, der fünf Jahre lang Landeshauptmann von Südtirol war. Die Organe sollen in ihrer Entscheidung frei sein, die Voraussetzungen werden jetzt geschaffen, daß ein Ladiner zum Zuge kommen kann und daß damit auch dieser Sprachgruppe effektiv der Zugang zu den höchsten Ämtern in der Region und im Regionalrat eröffnet wird.

Diese Voraussetzung wird geschaffen und damit erreichen wir zu den ursprünglichen Zielsetzungen, die der Gesetzentwurf als Begehrensgesetzentwurf hat, nämlich den Schutz der Minderheiten im Trentino, daß auch dieses Ziel mit verfolgt wird und ich würde wirklich bitten, daß man dieser Zielrichtung auch mit einer zustimmenden Abstimmung antwortet.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Se il Presidente Peterlini vuole avere l'ultima parola anche su questo, spero che i consiglieri si ricordino comunque di che cosa si tratta, anche se lui cerca sempre di rovesciare la questione.

PRESIDENTE: Mi ero dimenticato che la cons. Zendron era già intervenuta e che lei aveva diritto di replicare agli interventi che sono stati fatti.

Sull'art. 1/bis è stata chiesta la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

Votanti	53
schede favorevoli	27
schede contrarie	20
schede bianche	6

Il Consiglio approva.
Dò lettura dell'articolo 1/ter:

Art. 1/ter

(Integrazione all'articolo 36 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670)

Al comma 3 dell'articolo 36 delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, è aggiunto il seguente periodo:

“ Al gruppo linguistico ladino è garantita la rappresentanza in Giunta regionale.”.

Art. 1/ter

(Ergänzungen zum Art. 36 des DPR vom 31. August 1972, Nr. 670)

In Abs. 3 des Art. 36 des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze betreffend das Sonderstatut für Trentino-Südtirol, genehmigt mit DPR vom 31. August 1972, Nr. 670 wird nachstehender Satz hinzugefügt:

„Der ladinischen Sprachgruppe wird die Vertretung in der Regionalregierung zugesichert.“.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich fühle mich verpflichtet, Stellung zu nehmen, denn in Rom werden sie ja auch fragen: wieviel die Ladinern im Regionalrat sind? Dann wird es heißen, so wie Willeit gesagt hat: zwei. Jetzt soll diesen zwei Ladinern einmal das Amt des Regionalratspräsidenten gesichert werden und dann noch einmal unbedingt die Teilnahme an der Regionalregierung. Theoretisch könnte also sein, daß einer Regionalratspräsident und der andere Mitglied des Regionalausschusses ist. Wir machen

uns mit solchen Bestimmungen unglaubwürdig, denn irgendein Verhältnis muß da sein. Man kann nicht sagen, bei zwei Ladinern haben sie das Recht Regionalratspräsident zu sein und auch Mitglied des Regionalausschusses. Der ganze sogenannte Vorstoß, wie ihn Präsident Peterlini genannt hat, um den Ladinern mehr Rechte im Rahmen des Regionalrates zu verschaffen, wird unglaubwürdig, weil er jetzt übertrieben ist. Ein Ladin als Regionalratspräsident kann noch gerechtfertigt sein, aber dann Regionalratspräsident und auch Mitglied des Regionalausschusses zu sein, ist meiner Ansicht nach nicht nur übertrieben, sondern macht das Ganze unglaubwürdig.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 1/ter. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 5 voti contrari, 6 astenuti e tutti gli altri favorevoli, l'articolo è approvato.

Art. 1/quarter

All'articolo 48 del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, sono apportate le seguenti modificazioni:

“a) al primo comma, le parole ”il vice Presidente” sono sostituite dalle seguenti: ”due Vicepresidenti”;

b) il terzo comma è sostituito dal seguente: “I Vicepresidenti coadiuvano il Presidente e lo sostituiscono in caso di assenza o di impedimento.”.

Art. 1\quarter

1.Im Artikel 48 des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze betreffend das Sonderstatut für Trentino-Südtirol, genehmigt mit DPR vom 31. August 1972, Nr. 670 werden folgende Änderungen vorgenommen:

"a) in Absatz 1 werden die Worte: „den Vizepräsidenten“ durch die Worte: „zwei Vizepräsidenten“ ersetzt“;

b) Absatz 3 wird wie folgt ersetzt: „Die Vizepräsidenten unterstützen den Präsidenten und vertreten ihn bei Abwesenheit oder Verhinderung.“.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 1/quarter? Nessuno. E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'art. 1/quarter:

votanti	52
schede favorevoli	32
schede contrarie	12

Il Consiglio approva.
Dò lettura dell'art. 1/quinquies:

Art. 1/quinquies

Il secondo comma dell'articolo 49 del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, è sostituito dai seguenti:

Nei primi trenta mesi del funzionamento del Consiglio provinciale di Bolzano, il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua tedesca o ladina. Per il successivo periodo il Presidente è eletto tra i Consiglieri appartenenti al gruppo di lingua italiana o ladina. I Vicepresidenti sono eletti tra i Consiglieri appartenenti a gruppi diversi di quello del Presidente.

In caso di dimissioni, di morte o di cessazione dalla carica per altra causa del Presidente o del Vicepresidente, il Consiglio provinciale di Bolzano provvede alla elezione del nuovo Presidente o dei nuovi Vicepresidenti secondo le modalità previste dal precedente comma. La nomina è valida fino alla scadenza del periodo di due anni e mezzo in corso.

Art. 1\quiquies

1. Der zweite Absatz von Artikel 49 des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze betreffend das Sonderstatut für Trentino-Südtirol, genehmigt mit DPR vom 31. August 1972, Nr. 670 wird wie folgt ersetzt:

„In den ersten dreißig Monaten der Tätigkeit des Südtiroler Landtages wird der Präsident aus den Abgeordneten der deutschen oder ladinischen Sprachgruppe gewählt; für den zweiten Zeitabschnitt wird der Präsident aus den Abgeordneten der italienischen oder ladinischen Sprachgruppe gewählt.

Scheidet der Präsident oder die Vizepräsidenten wegen Rücktrittes, wegen Ablebens oder aus einem anderen Grunde aus dem Amte aus, so schreitet der Südtiroler Landtag zur Wahl des neuen Präsidenten oder der neuen Vizepräsidenten entsprechend den im vorstehenden Absatz vorgesehenen Modalitäten. Die Ernennung gilt bis zum Ablauf der laufenden zweieinhalb Jahre.“

PRESIDENTE: E' stato presentato un subemendamento all'art. 1/quinquies, a firma dei cons. Willeit, Zendron e Kury, che recita: il secondo comma dell'articolo 49 del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, emendato, è sostituito dal seguente:

I Vicepresidenti sono eletti tra i Consiglieri appartenenti a gruppi diversi di quello del Presidente. Il Presidente ed i due Vicepresidenti si alternano nella carica di

Presidenza per 20 mesi ciascuno, seguendo l'ordine di appartenenza ai gruppi linguistici tedesco, italiano e ladino, nella carica di Vicepresidente 40 mesi ciascuno.

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? La parola al cons. Willeit per l'illustrazione.

WILLEIT: Si tratta della stessa, identica ipotesi di prima, cioè di assicurare il diritto alla carica di Presidente anche agli appartenenti al gruppo linguistico ladino, in seno al Consiglio provinciale. Anche qui si prevede nel testo originario soltanto la riserva per i due gruppi maggiori e la possibilità di accesso per il terzo gruppo.

Ritengo che la proposta mia sia migliorativa rispetto alla prima, non affatto in contrasto, ma migliorativa. Se poi concretamente il gruppo linguistico ladino riuscirà a ricoprire la carica questo è da vedere.

Desidero aggiungere che non si può condividere affatto il punto di vista espresso poc'anzi dal cons. Benedikter, in ordine alle ragioni o al diritto di rappresentanza, in quanto non si tratta di rappresentare i due consiglieri, ma si tratta di rappresentare una minoranza. Questa osservazione, da parte di Benedikter, che è stato chiamato questa mattina il fautore primo dell'autonomia, non la posso condividere in alcun caso.

I ladini in regione sono 30 mila e non solo due e la minoranza intera conta 50 mila persone, che dovrebbe avere diritto di essere rappresentata, non solo negli organi legislativi, ma anche negli organi esecutivi, perché nessuna tutela serve a qualcosa, se non vi è la facoltà di partecipare all'amministrazione, all'esecuzione, se non vi è la partecipazione all'amministrazione non serve neanche la migliore tutela che esista.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire sull'emendamento la collega Zendron, ne ha la facoltà.

ZENDRON: Presidente, con questo emendamento, che è simile a quello precedente, ma in una situazione piuttosto diversa, si realizza tutto il pericolo, diventa molto più concreto il pericolo ed i timori che sono stati suscitati dall'approvazione dell'emendamento 1/bis. Per i trentini era impossibile immaginare un Consiglio regionale che non avesse un Presidente del Consiglio regionale di lingua italiana, perché appunto sanno di avere un numero consistente, ora però immaginativi il Consiglio provinciale di Bolzano, dove c'è una maggioranza nettissima di lingua tedesca, non solo una maggioranza assoluta di un partito etnico, che è partito etnico per suo statuto, a cui verrà affidata d'ora in poi la scelta di eleggere un Presidente e di deciderne anche l'appartenenza linguistica.

Lo SVP che ha la maggioranza assoluta e quindi la possibilità di scegliere il Presidente del Consiglio, potrà, se questa legge avesse seguito, scegliere sempre Presidente di lingua tedesca e lingua ladina, escludendo, oppure di lingua italiana e lingua tedesca ecc.

Praticamente in presenza di una schiacciante maggioranza di un gruppo linguistico all'interno di un Consiglio, si toglie quella che è la garanzia linguistica, la garanzia di parità dei gruppi etnici, che non credo sia giusto trasferire a livello di attività parlamentare, ma che dovrebbe rimanere a livello di rappresentanza e di alternanza all'interno dell'istituzione e si rimette in discussione questo aspetto, che a mio parere rappresenta una delle poche certezze che ci sono per la convivenza dei gruppi linguistici.

Sono rimasta molto meravigliata che l'art. 1/bis sia stato approvato, voi sapete che condivido profondamente la necessità di arrivare ad una parificazione dei gruppi linguistici, a tal punto che non mi scandalizzerei se ci fosse un Presidente di qualsiasi gruppo solo che sapesse rappresentare tutti quanti, forse per il futuro o in una situazione veramente da definire utopica, vorrei che ci fossero delle persone che riescono a sentirsi rappresentanti di tutti e non solamente del proprio gruppo di appartenenza, perché così arriveremo all'eccesso che uno rappresenta il proprio gruppo tribale. Fino adesso ce ne è bisogno ed è una garanzia questa della rappresentanza in nome del proprio gruppo e dell'alternanza negli organismi istituzionali.

Trovo gravissimo che venga fatta questa proposta, credo potrebbe essere uno degli argomenti per cui si chiede una votazione separata, addirittura per gruppi linguistici, ma poiché il Consiglio regionale non mi sembra in questo momento sufficientemente consapevole di quello che sta facendo, insisterò su questo punto.

Sono preoccupata e condivido assolutamente le obiezioni che sono state fatte precedentemente dal cons. Benedikter, perché egli ha messo l'accento sull'aspetto fondamentale della differenza fra garanzia istituzionale e decisione a maggioranza.

Nel caso del consiglio provinciale di Bolzano noi stiamo cancellando la garanzia costituzionale, la garanzia a prescindere dalla consistenza delle forze politiche e stiamo dando alla maggioranza anche quegli aspetti fondamentali, caratterizzanti l'autonomia sudtirolese, che consistono in queste presenze proporzionali, paritarie, all'interno degli organismi istituzionali.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, ne ha la facoltà.

KLOTZ: Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß es im deutschen Text einen Fehler gibt. Hier steht im diesem Absatz: "der Präsident und die beiden Vizepräsidenten wechseln sich als Präsident für die Dauer von je 20 Monaten ab, wobei die Reihenfolge der Zugehörigkeit zur deutschen, italienischen oder ladinischen Sprachgruppe beachtet wird.". Hier muß es heißen: "...zur deutschen, italienischen und ladinischen Sprachgruppe beachtet wird". So ist es wohl gemeint, denn wenn man diesen Text wählt - zumindest im Deutschen, dann ist die eigentliche Absicht hier nicht wiedergegeben. Man möge sich also überlegen, was hier dann richtig ist. Das, was geschrieben ist oder ob es doch ein "und" sein soll.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich möchte auf den Vorwurf des Abg. Willeit antworten, der sagt, daß wenn es darum geht, eine Minderheit zu schützen, dann muß sie im Ausschuß vertreten sein. Eigentlich ist das schon ein gutes Argument. Aber ich habe geltend gemacht, daß es übertrieben ist und wir Rom gegenüber an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn wir verlangen, daß diese Minderheit, die aus zweien besteht, wie Du gesagt hast, Präsident des Regionalrates werden kann und im Ausschuß vertreten sein soll. Wenn ich da aus Vernunft wählen muß, dann ziehe ich es vor, im Ausschuß vertreten zu sein, denn der Präsident des Regionalrates ist sowieso unparteiisch, der kann nichts verderben, er muß allen gegenüber unparteiisch sein und alle gleich gut behandeln. Ich habe also gesagt, daß das zuviel des Guten ist und da müßte man wählen. Aber ihr besteht auf das eine und das andere, abgesehen von den Zahlen, die nicht ganz stimmen. Es ist zwar z.B. im Landtag von Bozen nur einer da und der muß im Ausschuß vertreten sein. Es ist eine autochthone, eine im Land angestammte Minderheit, nicht eine zugewanderte, dann ist das ein Argument, weil der Ausschuß nicht das Geld verteilt usw.usw. Aber dann täte ich sagen, um Rom gegenüber noch glaubhaft zu bleiben, daß mit Vernunft das Ganze nachgewiesen werden müßte, daß man wählen müßte. Man müßte sagen, ich ziehe die Vertretung im Ausschuß vor, aber das andere lasse ich bleiben, ich verzichte darauf.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Willeit per la replica, ne ha la facoltà.

WILLEIT: Condivido l'ultima osservazione del cons. Benedikter, che dovendo scegliere preferisco anch'io la posizione di membro del governo, che non la Presidenza del Consiglio provinciale o regionale, però mi auguro che anche nel Consiglio provinciale di Bolzano un domani siedano due rappresentanti delle minoranze. Mi auguro che ciò sia possibile attraverso una norma statutaria ed attraverso la legge elettorale, che questo Consiglio dovrà varare.

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto sull'emendamento presentato dai conss. Willeit, Zendron e Kury.

Prego distribuire le schede per la votazione.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione al subemendamento, presentato dal cons. Willeit ed altri:

votanti	50
schede favorevoli	6
schede contrarie	36
schede bianche	8

Il Consiglio non approva.

Qualcuno intende intervenire sull'art. 1\quinquies? Ha chiesto la parola la cons. Kury.

KURY: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, daß ich noch einmal kurz alle unseren großen Bedenken zu diesem Abänderungsantrag zum Art. 1 einbringe.

Mi rivolgo in modo particolare ai colleghi del Trentino che credo non seguono abbastanza con attenzione, non riescono forse a capire fino in fondo le conseguenze, le ripercussioni che potrebbe avere l'approvazione di questo articolo qua. Cari colleghi del Trentino, cercate per favore di seguire un attimino.

Wir haben bereits einen Parallelartikel 1\bis beschlossen. Damals ging es um die Präsidentschaft in der Region. Auch da hatten wir unsere ganz großen Bedenken. Größer noch sind die Bedenken, die zu Art. 1\quinquies anzubringen sind, weil hier die Problematik sich auf Südtirol bezieht und weil das ganze Problem des Zusammenlebens ein heikles, zerbrechliches Gebäude ist. Und wenn man in diesem Gebäude einfach wie die Elefanten im Porzellanladen herummarschiert, kann so viel zunichte gemacht werden, was nie mehr wieder aufgebaut werden kann. Ich denke, daß gerade dieser Artikel einer ist, der - auch wenn er nur als Vorschlag, als Botschaft in der augenblicklichen Situation, in der bereits ethnische Spannungen herrschen, nach Rom geht - doch sehr schlimme Auswirkungen haben könnte. Es geht eigentlich im Prinzip um nichts anderes als darum, wer in Südtirol bestimmt, wer Landtagspräsident wird. Ich denke, es war eine gute Lösung, daß per Statut fixiert war, daß von vornherein eine Abwechslung zwischen der deutschen und der italienischen Sprachgruppe zu erfolgen hat. Wir haben allerdings parallel dazu immer bedauert, daß die Ladiner damit ausgeschaltet wären. Nun wäre der Vorschlag Willeit tatsächlich eine ideale Lösung gewesen, um allen Sprachgruppen die Mitarbeit im Südtiroler Präsidium zu garantieren und ich lege noch einmal Wert darauf, daß es auf die Garantie ankommt. Wenn wir diese Garantie nicht haben, daß die Sprachgruppen abwechslungsweise den Südtiroler Landtag anführen, dann meine Damen und Herren, wird politisch entschieden, wer diese Führung innehaben will.

Wenn wir uns noch einen Augenblick die politische Realität von Südtirol anschauen, dann ist ganz klar, wer hier eindeutig entscheidet, wie es jetzt bereits passiert ist, nämlich die SVP beschließt in jenem Augenblick, unabhängig davon, welcher Sprachgruppe die Präsidentschaft zukommt, sie beschließt die Person dieser Sprachgruppe. Aber zusätzlich dazu wird in dem Augenblick, wo dieser Art. 1\quinquies angenommen worden ist, die SVP nicht nur innerhalb einer Sprachgruppe sich die Person aussuchen können, die den Südtiroler Landtag anführt, sondern sie wird auch in jedem Augenblick entscheiden können, welcher Sprachgruppe die Präsidentschaft zukommt. Ich denke, daß damit einfach eine Unsicherheit passiert, also daß bestimmte Garantien damit nicht mehr gewährleistet sind, Garantien, die bis jetzt im Autonomiestatut verankert waren und die sich bewährt haben.

Insofern, meine Damen und Herren, vor allem wegen der ethnischen Sprengkraft, die dieser Artikel hat, vor allem wegen der Botschaft, die dieser Artikel hinaussendet, ersuche ich Sie hier wirklich eindringlich einen Augenblick darüber

nachzudenken, was das für Südtirol bedeutet. Erstens für die aktuelle Situation, zweitens für die Art und Weise, wie man in diesem Saal mit dem Autonomiestatut umgeht bzw. mit jenen Fundamenten, auf die sich unsere Autonomie gründet. Deshalb ersuche ich noch einmal darum, solche Entscheidungen nicht einfach leichtfertig zu treffen.

Ein letztes noch: vor allem: die Trentiner Kollegen mögen darüber nachdenken, ob sie nicht auch ganz entscheidend mitverantwortlich sind, was in Südtirol passiert. Solange wir noch einen Regionalrat haben, sollten sich alle Abgeordneten in diesem Saal für die Zukunft beider Provinzen verantwortlich fühlen und nicht einfach leichtfertig hier etwas beschließen.

PRÄSIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Nessuno. E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto sull'art. 1/quinquies. Prego distribuire le schede per la votazione.

(segue votazione a scrutinio segreto)

Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz
Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	47
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	22
weiße Stimmzettel:	4

Damit ist der Art. 1 quinquies abgelehnt.
Bitte, Abg. Atz.

ATZ: Ich möchte Sie bitten, die Sitzung für heute zu unterbrechen, weil wir in der Südtiroler Volksparteifraktion zu diesem Gesetz dringend ein paar Punkte klären möchten und deshalb möchte ich Sie bitten, uns die Gelegenheit zu geben, eine Fraktionssitzung abzuhalten.

PRÄSIDENT: Ich glaube, daß niemand etwas dagegen haben kann. Deshalb gebe ich dem Ansuchen statt. Die Sitzung wird morgen um 10.00 Uhr fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 17.31)

INDICE

Convalida della elezione del consigliere regionale marco Dalbosco

pag. 3

Dimissioni quale membro della I^a Commissione legislativa da parte del consigliere regionale Marco Giordani e provvedimenti conseguenti

pag. 4

Progetto di legge n. 1 ai sensi dell'articolo 35 dello Statuto di autonomia:

Valorizzazione delle minoranze ladine e germanofone del Trentino (presentato dai consiglieri regionali Peterlini, Tretter, Brugger, Frasnelli, Pahl e Andreotti)

pag. 5

Interrogazioni e interpellanze

pag. 48

INHALTSANGABE

Bestätigung der Wahl des Regionalratsabgeordneten Marco Dalbosco

Seite 3

Rücktritt des Regionalratsabgeordneten Marco Giordani als Mitglied der 1. Gesetzgebungskommission und nachfolgende Maßnahmen

Seite 4

Begehrensgesetzentwurf Nr. 1 gemäß Artikel 35 des Autonomiestatuts:

Förderung der Ladinischen und deutschsprachigen Minderheiten im Trentino (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Tretter, Brugger, Frasnelli, Pahl und Andreotti)

Seite 5

Anfragen und Interpellationen

Seite 48

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

ZENDRON Alessandra (<i>Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc</i>)	pag.	3-26-30-33-38- 39-43
BINELLI Eugenio (<i>Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese</i>)	"	3-12
CONCI-VICINI Paola (<i>Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.</i>)	"	5
FEDEL Domenico (<i>Gruppo Ladins - Autonomia Trentino</i>)	"	5-19-25
BENEDIKTER Alfons (<i>Gruppo Union für Südtirol</i>)	"	7-16-18-24-32- 33-37-40-44
GRANDI Tarcisio (<i>Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.</i>)	"	12
DALBOSCO Marco (<i>Gruppo La Rete</i>)	"	19
TAVERNA Claudio (<i>Gruppo Alleanza Nazionale</i>)	"	20
MORANDINI Pino (<i>Forza Italia - C.D.U.</i>)	"	22
WILLEIT Carlo (<i>Gruppo Ladins - Autonomia Trentino</i>)	"	24-29-36-43-45
LEITNER Pius (<i>Gruppo Die Freiheitlichen</i>)	"	26
KLOTZ Eva (<i>Gruppo Union für Südtirol</i>)	"	31-32-44
ATZ Roland (<i>Gruppo Südtiroler Volkspartei</i>)	"	33-47
PETERLINI Oskar (<i>Gruppo Südtiroler Volkspartei</i>)	"	34-39
IANIERI Franco (<i>Gruppo Misto</i>)	"	35-37

KURY Cristina Anna
(*Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc*)

" 45